

MigrantInnen

regulieren

Selbstorganisation und Kritik



Inhalt:

Vorwort

- 3 -

„Weltlichkeit“ und die Rolle der Intellektuellen

- 4 -

Identität: das darüber Sprechen und die Aktualisierung in der Sprache.

Eine Collage

- 6 -

Laut und hartnäckig!

Politische Öffentlichkeitsarbeit aus der Sicht der Schwarzen Frauen Community

- 11 -

Sind Sie AusländerIn?

- 15 -

MigrantInnen in den Mainstream-Medien: Eine Wende

- 17 -

Glatt und verkehrt gestrickt

Supervision und Migration

- 19 -

Hinwendungen statt Überwindung.

Migrantinnen – kein Spielball postmoderner Theorien

- 25 -

Über Selbstorganisationen und ihren Einfluss auf die Gesellschaft

- 30 -

New Governance mit dem Asyldiskurs in der Türkei.

Zur Rolle des Menschenrechtsdispositivs im neuen EU-Migrationsmanagement

- 33 -

Erklärung des Treffens der sozialen Bewegungen 2006

in Graz.

- 41 -

AutorInnen-Verzeichnis

- 43 -

Impressum:

Medieninhaberei und Herausgabe: A3 - Initiative Minderheiten.
Redaktionsteam: Petja Dimitrova, Birge Krondorfer, Ariane Sadjed
Adresse: 1060 Wien, Gumpendorfer Str. 15/13
Lektorin: Sylvia Köchl
Grafik & Layout: Petja Dimitrova
Erscheinungsort: Wien
Herstellerin: Druckerei Fiona. www.fiona.or.at

Offenlegung: Aktion 3 ist eine Organisationseinheit der Initiative Minderheiten im Rahmen der Entwicklungspartnerschaft ‚work in process‘, die von der IG Kultur finanzverantwortlich und von maiz - Autonomes Integrationszentrum von und für Migrantinnen inhaltlich koordiniert und von BMWA und ESF im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL gefördert wird. Andere operative Kooperationspartnerinnen sind: Schwarze Frauen Community, Peregrina, Initiative Minderheiten, Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaften der Karl-Franzens-Universität Graz, Dschanuub, Frauenhetz, Romani Dori, Tool.

Der Verein Initiative Minderheiten ist somit als formeller Rechtsträger der Aktion 3 zu 100 % Eigentümer dieses Readers.

Grundlegende Richtung: Selbstorganisationen

Copyright: Die Rechte an den in diesem Reader abgedruckten Texten verbleiben bei den AutorInnen bzw. HerausgeberInnen. Bitte euch wegen Genehmigung an diese zu wenden, wenn ihr den einen oder anderen Text nachdrucken wollt.

Ermöglicht wurde die Herstellung und kostenfreie Verteilung dieses Readers durch Finanzierung der Entwicklungspartnerschaft ‚work in process‘ durch BMWA und ESF im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative EQUAL.

Kontakt: office@initiative.minderheiten.at



Werte Lesende!

In dieser zweiten Publikation der Equal-Partnerschaft ‚wip – work in process‘ (Schwerpunkt: Selbstorganisation von MigrantInnen) versammeln sich Beiträge von internen und externen AutorInnen. Der inhaltliche Bogen spannt sich von Mikropolitiken – auch in der Darstellungsform selber – über selbstreflexive Kritiken bis hin zu makropolitischen Konstellationen.

Selbstorganisationen stehen in einer ambivalenten Situation. Auf der einen Seite ermöglichen sie Selbstbewusstsein durch Kollektivität, Stärkung und Artikulierung entgegen einer marginalisierten Position. Auf der anderen Seite sehen sie sich der Gefahr ausgesetzt, vereinnahmt und instrumentalisiert zu werden: Wenn die Leute sich um sich selber kümmern, werden die Institutionen entlastet und können sich zusätzlich ein liberal-emanzipatives Mäntelchen umhängen. Diese Verstrickungen betreffen das einzelne Subjekt ebenso wie kleine politische Organisationen und die Player auf dem EU-Parkett.

Es wird gefragt nach:
der Positionierung von (kritischen) Intellektuellen und ihren Diskursen

der Brüchigkeit und Veränderbarkeit von Identität/en
der Abwendung von paternalistischen Opferdiskursen
der Integrationsfähigkeit von InländerInnen
der Möglichkeit, sich in den Mainstream einzumischen
der Selbstreflexion der eigenen Herkunft in beratenden Berufen
der doppelten Ent- und Verfremdung von Migrantinnen
der schützenden Verortung durch Selbstorganisationen
der ‚Harmonisierung‘ internationaler Migrationsregimes
der Wichtigkeit gemeinsamer öffentlicher Artikulationen

Es wird geantwortet. Aber es wird nicht eindeutig geantwortet. So heterogen die Probleme sind, so vielfältig und (in sich) widersprüchlich fallen die Gedanken ein und aus.

Die Maxime lautet nach wie vor: ‚Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.‘

Im Handeln, im Sprechen, im Schreiben.

Wien im August 2006

*Redaktion für diesen Reader:
Petja Dimitrova (Initiative Minderheiten)
Birge Krondorfer (Frauenbetz)
Ariane Sadjed (maiz)*

‚Weltlichkeit‘ und die Rolle der Intellektuellen

Neben Orientalism bietet die Essaysammlung *The World, the Text and the Critic* (1983) einen guten, wenn nicht sogar besseren Einstieg in Saids Werk, da hier seine Hauptthesen systematisch vorgestellt und zudem seine oft diskutierten Gedanken zur Rolle der Intellektuellen in der Gesellschaft präsentiert werden. An mehreren Stellen in seinem Werk hat Said die materielle Lokalisierung des Textes in der Welt hervorgehoben und dies als ‚Weltlichkeit‘ (worldliness) bezeichnet. In dieser Perspektive schweben Texte nicht in einem sozialen Vakuum, sondern stehen in einer direkten Beziehung zu ihrem Entstehungskontext. Sie tragen gewissermaßen die Spuren der Welt in sich, weshalb ihre Bedeutung und Sinnstruktur weit über das auf den ersten Blick Sichtbare hinausgehen. Die Verbindung mit den politischen Realitäten ermöglicht den Intellektuellen, die ‚Wahrheit gegen die Macht vorzutragen‘ (Said 1994: xiv).¹

In diesem Zusammenhang lehnt Said spezialisierte Disziplinen ab, die sich einer kryptischen, nicht mehr allgemein verständlichen Fachsprache bedienen.²

Für Said hat das akademische Sprechen und Schreiben, welches sich einer verschlüsselten Geheimsprache bedient, monologischen Charakter, das den Kontakt mit dem gemeinen Alltagsleben verloren bzw. bewusst aufgekündigt hat. Im Gegensatz dazu plädiert er für eine ‚säkulare Kritik‘ (secular criticism), die vehement die begrenzte Spezialisierung akademischer Diskurse, die Rolle der Intellektuellen in diesen hinterfragt (ebd.: 57) und sich als ‚amateurhaft‘ versteht. ‚Amateurhafte‘ KritikerInnen würden sich nicht mit den eng gezogenen Grenzen einer Disziplin und deren eigener Sprache zufrieden geben, da dies dem Grundprinzip der ‚Weltlichkeit‘ widerspreche. Dabei spielt Said mit der eher negativen Konnotation der Bezeichnung ‚Amateur‘, die unsere Vorstellungen von den sozialen Funktionen, die AkademikerInnen erfüllen, irritiert. Wortwörtlich ist die Bedeutung von amateurism: eine ‚Aktivität, welche

geleitet wird durch Fürsorge und Liebe‘ (ebd.: 61). Die heutigen Intellektuellen sollen Said zufolge Amateure sein, die sich nicht in Sorge darüber zeigen, ob das von ihnen Gesagte den Leuten gefällt oder wie sie Profit daraus schlagen können. Ihre Praxis beschreibt er vielmehr idealiter als eine ethische, die von den Willen geleitet wird, etwas verändern zu wollen und soziale Verantwortung zu übernehmen (ebd.: 61f.).

Ohne ein Verhaftetsein in der Welt kann es laut Said für die Intellektuellen keinen Ort geben, von dem aus und in dessen Richtung sie sprechen können. Sie seien gezwungen, die Verhältnisse zu verändern und die Falle des Spezialistentums zu umgehen, damit sie nicht zur gesellschaftlichen Marginalie am Rande des politischen Geschehens geraten. Die ‚säkulare Kritik‘, welche Said hier verteidigt, setzt dabei einen Kontrapunkt zu einer intellektuellen Praxis, die er, in Anlehnung an Gramsci, als ‚priesterlich‘ bezeichnet. Gegen einen Rückzug der Kritik in eine labyrinthartige Textualität proponiert er gewissermaßen eine weltliche Dreifaltigkeit: ‚Die Welt, der Text und die KritikerInnen‘. Saids Konzept der ‚säkularen Kritik‘ befreit sich bewusst von jeglichen Restriktionen, die sich aus einer intellektuellen Spezialisierung ergeben können. Desgleichen betont er die Notwendigkeit eines realen oder metaphorischen Exils, das seiner Meinung nach erst die für die Kritik notwendige Pluralität von Visionen ermöglicht. Das Exil gestatte es den Kritikern und Kritikerinnen dagegen, die vermeintliche Heimat aus der Distanz zu betrachten und dabei auch den aktuellen Lebenskontext kritisch zu hinterfragen. So kann eine ‚doppelte Perspektive‘ eingenommen werden, die sich als besonders sensitiv erweist (ebd.: 44). Für Said ist das Exil ein zutiefst ambivalenter Zustand, der gerade deswegen eine Notwendigkeit für die kritische ‚Weltlichkeit‘ intellektueller Praxis darstellt, weil er auch Quelle der Verzweiflung sei.

Beständig warnt Said davor, die kritische Praxis aus der

¹ Es ist diese eine Formulierung, die frappierend an Foucaults Spätwerk erinnert, in dem er die Parrhesia – das Wahrsprechen – als eine Basis für die Ethik entwickelte (vgl. Foucault 1994).

² Nicht von ungefähr ist Said im Vergleich zu Spivak und Bhabha derjenige, der die zugänglichsten Texte verfasst hat.

Welt zu entlassen, da KritikerInnen nicht bloße ÜbersetzerInnen einer zufälligen Realität seien. Im Gegenteil: Kritik sei immer persönlich, aktiv und verquickt mit der Welt. Dass sich viele LeserInnen häufig durch die ‚schwierige‘ Sprache aktueller Theoriebildung marginalisiert fühlen, bedeute auch, so Said, dass die Mehrheit der Intellektuellen die hegemonialen Vorstellungen und Konzepte einer europäischen Elite replizieren, die sich in einer spezifischen Art des Schreibens dokumentieren. Insbesondere für ehemals kolonisierte Menschen – und andere Minorisierte – sei eine elitäre, ‚abgehobene‘ Form der Kritik, die keinen Wert auf einen Kontakt mit dem aktuellen soziopolitischen Geschehen zeigt, bedeutungslos.

Das größere Problem zeitgenössischer Kritik verortet Said jedoch in der Tatsache, dass den formalen Aspekten eines Textes eine zu hohe Bedeutung beigemessen wird, während die Materialität des Textes, sein Gebundensein an den Kontext seines Ursprungs, ignoriert wird. Manche Literaturkritik ende gar, so Said, mit der Reduzierung des Textes zum Objekt, womit der Text selbst verzerrt werde. Dabei gewinne die intellektuelle Kritik gerade aus dem Aufzeigen der Verbindungslinie zwischen akademischer Praxis und den Beziehungen zur Macht ihren sozialen Wert. Deswegen insistiert das Saidsche Konzept der ‚Weltlichkeit‘ auf der fundamentalen politischen Bedeutsamkeit des Kontextes, der Welt, aus der Text und AutorIn entstammen. Der Text trägt immer die Spuren der Umstände, der Zeit, des Ortes und Gesellschaft, in denen er geschaffen wurde und ist mithin ‚weltlich‘ (Said 1983: 35). Zudem ist er ‚in der Welt‘ (ebd.: 33), d.h. er hat eine materielle Präsenz, eine kulturelle und soziale Geschichte und ist durch politische und ökonomische Strukturen gekennzeichnet. Zudem stehe er auch in einer wechselseitigen Beziehung zu anderen Texten, die eine andere materielle Präsenz aufweisen würden.

Kritik müsse auch in der Lage sein, über spezifische Positionen hinauszugehen, weswegen Said es ablehnt, Kritik mit Etiketten wie etwa Marxismus, Liberalismus oder anderen ‚-ismen‘ zu versehen (ebd.: 28). Sollte die Solidarität Priorität gegenüber der Kritik erhalten, so würde dies für Said das Ende der Kritik selbstbedeuten, weswegen nichts grundsätzlich von Kritik verschont bleiben sollte (ebd.). Selbst wenn zwei Seiten miteinander kämpfen und die Loyalitäten geklärt scheinen,

bleibt die Kritik eine unabdingbare Notwendigkeit, denn gerade, wenn um Existentielles gekämpft und gerungen wird, ist nichts wichtiger als ein kritisches Bewusstsein. Said bezeichnet dies als ‚oppositionelle Kritik‘ (oppositional criticism, ebd.: 29). Der akademische Jargon ist auch für die zeitgenössische Kritik ein durchaus ernst zu nehmendes Thema, da er die soziale Realität vernebelt, anstatt sie offen zu legen und begreifbar zu machen (ebd.: 4). Seine eigenen Schriften hat Said deswegen so verfasst, dass sie sich auch an so genannte ‚Laien‘ richten. Der von ihm gepflegte Stil, ist gekennzeichnet durch viele Wiederholungen und es wird eher erzählt denn demonstriert, weswegen mitunter viele seiner Texte – ungerechtfertigterweise – als wenig theoretisch bezeichnet wurden.

Wenn die Intellektuellen dem Imperialismus ihre Schriften entgegenhalten und Ungerechtigkeiten skandalisieren, dann formiert sich Said zufolge Widerstand. Dieser hat nichts mit einer ‚Rhetorik der Schuldzuweisung‘ (rhetorics of blame, Said 1994: xi) zu tun, bei der postkoloniale Subjekte den Imperialismus für alles verantwortlich machen. Diese lehnt Said ab, weil damit im Grunde Strategien der Veränderung unterlaufen werden. Die von ihm propagierte Strategie der ‚säkularen Interpretation‘ (secular interpretation, Said 1993: 60) scheint dagegen radikaler und effektvoller zu sein. Die intellektuelle Praxis erinnert hier persistent an koloniale Zeiten und den Folgen aus diesen für das Hier und Jetzt und verknüpft diese Erinnerungsleistung gleichzeitig mit der Hoffnung auf eine ‚bessere‘ Welt.

Literatur:

Foucault, Michel (1994): Diskurs und Wahrheit: Berkeley-Vorlesungen 1983, Berlin: Merve.

Said, Edward (1983): The World, the Text and the Critic, Cambridge, MA: Harvard University Press.

Said, Edward (1993): Culture and Imperialism, London: Chatto & Windus.

Said, Edward (1994): Representations of the Intellectual. The 1993 Reith Lectures, London: Vintage.

Maria do Mar Castro Varela (Institut für Migrations- und Ungleichheitsforschung, Köln) & Nikita Dhawan (Ruhr-Uni Bochum)

[Auszug aus: ‚Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung‘ (2005, S. 46–49)

mit freundlicher Genehmigung des transcript-Verlags]

Identität: das darüber Sprechen und die Aktualisierung in der Sprache. *Eine Collage.*

Wir Migrantinnen akzeptieren die Reduktion auf den privaten produktiven und reproduktiven Raum des Lebens nicht, sondern wir fordern den politischen Raum, den wir gewonnen haben und der uns zusteht. (...)

Wir akzeptieren die Reduktion auf die Kategorie MINDERHEIT nicht, die uns in die Ecke der Gesellschaft drängt.

Sondern wir fordern die Anerkennung der Tatsache der Frauenmigration als eine fundamentale soziale Kraft, die seit Jahren an der Konstruktion dieser Gesellschaft beteiligt ist und wir verlangen unsere Rechte als Frau, als Migrantin und als Arbeiterin. Und wir fordern die finanziellen Mittel zur Fortsetzung der Arbeit der Migrantinnenorganisationen in ihrer Autonomie und nicht als Unterstützerinnen der Assimilation und des Zuwanderungsstopps.

(Lefö – Beratung, Bildung und Begleitung für Migrantinnen / Wien)

<http://www.lefoe.at/design/content.php?page=d&lang=en&content=401>

*Identität und Differenz –
Funktionen der Logik,
Logik der Funktionen
(Über den Anderen, das
Anderssein und die Inter-
kulturalität)
Endre Kiss, Budapest
Die Problematik des
Anderen, des Andersseins*

www.feuerbach-international.de/Kiss.pdf

Bis jetzt galt der sich stets ausbreitende Diskurs über den Anderen, das Anderssein und die Interkulturalität als ‚Öffnung‘, als Teil einer inkludierenden Ausdehnung der Emanzipation. Diese Bewegungsrichtung des Diskurses galt auch mit einer übergreifenden Eindeutigkeit und wurde gerade in dieser Eindeutigkeit Teil der internationalen Diskussion. In unseren Jahren erhält derselbe Diskurs neue Akzente, ohne dass dabei die früheren Schwerpunkte gänzlich verschwinden würden. Hinter diesem Diskurs stand, in einer etwas verallgemeinerten Form, eine emanzipative Logik der Identität, die den Anderen und das Anderssein bei vollkommener Anerkennung seines anderen Charakters als etwas mit sich selbst emanzipativ Identisches ansah. Die Tendenz, die wir aktuell anzudeuten suchten, markiert eine wesentlich differente Auffassung des Anderen und des Andersseins. Diese Interpretation des Anderen und des Andersseins verlässt die vorhin skizzierte Identitätslogik. Das heißt aber auch, dass eine ohne die Identitätslogik gedachte Interpretation des Anderen und des Andersseins sowohl den Anderen als auch das Anderssein im Zeichen der Differenz bestimmt.

(Endre Kiss / Budapest)

<http://www.labournetaustria.at/aikao.htm>

Wir Migrantinnen und Schwarz-Afrikanerinnen haben genug von der geltenden Gesetzeslage, die unser Leben unter folgende Vorzeichen setzt:

Zwangsarbeit, unwürdige Wohnverhältnisse, unzureichende Ausbildungsmöglichkeiten, rassistische und kinderfeindliche Lehrerinnen, Abhängigkeit von Sozialhilfe, Drogenhandelsklischees, nahezu völlige Abschaffung von Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnissen, Ausbeutung und Zerstörung von Familienstrukturen, Armut.

(AIKAO – Afrikanische Beratungsstelle / Wien)

Identität ist der Raum, der definiert ist, weil es einen Raum gibt, der nicht definiert ist. Und wenn man das Terrain, das nicht definiert ist, nicht beschreiben kann, kann man auch nicht sagen, was sich innerhalb des definierten Raumes befindet. Es hängt davon ab, etwas mit Plus zu bezeichnen und dann etwas anderes mit Minus. Ich denke also, dass das für einfache Gesellschaften zutrifft, in denen Menschen in sehr kleinen Familien zusammenleben, aber ich glaube auch, dass das für die komplexeste moderne und post-moderne Gesellschaft zutrifft, für jeden Raum. So funktioniert Identität.

Und wenn Sie mich fragen, ob die Identitäten gleich bleiben, wenn sie in Netzwerken aufeinander stoßen, so kann ich nur sagen, dass sie nie gleich geblieben sind, und sie werden auch durch die Vernetzungen nicht gleich bleiben. Es ist nur so, dass eine breitere Palette von dem auftauchen wird, was sie nicht sind. Je mehr man das Netz erweitert, umso bewusster wird man sich der Dinge, die man selber nicht ist. Das Wichtige daran ist, dass man seine eigene Welt nicht mehr durch sich alleine aufrechterhalten kann. Man muss mit dem anderen irgendwie in Kontakt treten!

„Turn identity inside out!“

Interview mit Stuart Hall, bearbeitet von Angelika Bartl. In: Kulturrisse 02/01

Wenn Menschen verschiedenster Nationalitäten unter einen Begriff zusammengefasst werden, geraten die vielfältigen Unterschiede und Besonderheiten aus dem Blick. In Ermangelung einer einheitlichen und überzeugenden Sprachregelung im deutschsprachigen Raum, ist es nicht einfach, einen allgemein gültigen Begriff für unsere KlientInnen zu finden.

Wir haben uns im Folgenden für ‚MigrantInnen‘ entschieden und meinen damit jene Zuwanderer, die zur Arbeitsaufnahme oder auf Grund der Familienzusammenführung nach Österreich gekommen sind.

<http://www.migration.at/wir-ueber-uns/leitbild.html>

Wir Schwarze MigrantInnen brauchen kein Mitleid, keine Almosen, keine Bemutterung und auch keine BeschützerInnen. Wir brauchen Raum, Ressourcen und den nötigen Respekt, um uns zu entfalten. Wir müssen dringend lernen, uns diesen Raum und diese Ressourcen zu nehmen.

(Schwarze Frauen Community / Wien)

<http://igkultur.at/igkultur/kulturrisse>

*„Turn identity inside out!“
Interview mit Stuart Hall,
bearbeitet von A. Bartl. In:
Kulturrisse 02/01*

Was ich fordere, ist der Gedanke einer Identität, die wie ein Same ist. Und während du wächst, passieren dir all diese Dinge. Jedes Mal, wenn du jemand anderem begegnest, änderst du dich – das ist das, was ich das ‚unvermeidliche In-Beziehung-Treten mit dem anderen‘ nenne. Die Schwierigkeit meines Begriffs von Identität ist, dass man sich nicht vollständig ändern kann. Man kann sein jüngeres Ich in seinem älteren Ich erkennen. Aber Identität bedeutet auch, die Geschichte zu kennen, wie man in die verschiedenen Beziehungen hineingeraten ist.

(...)

Wenn ich über Hybridität spreche, spreche ich nicht über so eine Art Fruchtsalat. Ich spreche über die fundamentale Nicht-Singularität. Was wir absolut nicht sind, ist nur ein einziges sich entfaltendes Wesen. Heute sind die Unterschiede dort, wo einen die Kulturen ständig vor sich stark vermischende hybride Situationen stellen. Natürlich stellt dich das vor das Problem, wie du deine Identität aufrechterhältst. Aber im Wesentlichen ist das nicht viel anders, als wenn du zu Hause geblieben wärst: Du würdest es dir immer noch selbst erklären müssen. Das, was du geworden bist, ist nicht wirklich dasselbe wie das, was du immer zu wissen dachtest, was du werden würdest.

Wir, die Migrantinnen, Migranten und Flüchtlinge in der Schweiz, leisten weiterhin unseren wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Beitrag. Was würde passieren, wenn wir damit auch nur einen Tag aussetzen? Würden die Züge rollen, der Müll verschwinden, die Maschinen laufen? Würden die Hotelbetten gemacht, die Mahlzeiten aufgetischt, die KäuferInnen bedient, die Pflegebedürftigen betreut, die Forschungsprojekte weitergeführt, die Wohnungen und Straßen geputzt, die Theaterbühnen und Fußballplätze bespielt? Wir rufen alle MigrantInnen auf, für die Anliegen im Manifest aktiv zu werden und sich, zusammen mit MigrantInnen-Organisationen, untereinander und mit fortschrittlichen Schweizer Organisationen zu vernetzen. Wir reden mit und werden unseren Vorschlägen mit öffentlichen Aktionen Nachdruck verleihen: Ohne uns geht nichts.

(Solidarité sans frontières / Bern)

http://www.sosf.ch/cms/front_content.php?idart=1411

Die Erfahrungen von maiz zeigen, trotz der Schwierigkeiten, dass es möglich ist, Selbstorganisation und Protagonismus von Migrantinnen anzuregen und voranzutreiben. Die Anerkennung von Widerstandsstrategien der Migrantinnen ist diesbezüglich entscheidend. Im Laufe der Jahre von maiz zeigen Erfahrungen, dass Frauen über allen politischen, ökonomischen, kulturellen Gegendruck hinweg Formen des Widerstands gegen die Gewöhnung, Hierarchisierung oder Ausschließung der Migrantinnen finden. Diese Politik der Wiederaneignung eines verleugneten und zugleich gewollten Körpers der Migrantin (sei es durch Sexarbeit oder nicht) führt zu einer politischen Identität als Ausgangsbasis einer politischen Artikulation, um bestimmte gesellschaftliche Widersprüche deutlich zu machen: die Bestimmung der eigenen politischen Identität als Migrantinnen ist Gegenentwurf, ist Bezeichnung eines oppositionellen Standorts.

(maiz – autonomes Zentrum von & für Migrantinnen / Linz)

Wann immer wir „im Namen“ einer Identität politisch handeln – eine, wie es scheint, in bestimmten Momenten unverzichtbare Strategie, um Ungleichheiten zu thematisieren – affirmieren wir zugleich die sozial oktroyierte Differenz, die wir herauszufordern suchen. Statt diese Differenzen als Momente des Prozesses zu verstehen, in dem und durch den sich Macht konstituiert, werden Unterschiede dagegen allzu oft zu konsolidierten Kollektiven hypostasiert. Die historische Aufgabe besteht jedoch nicht darin, Identitäten zu verdinglichen. Es gilt vielmehr, ihre soziale Produktion als den fortwährenden, unbarmherzigen Prozess der hierarchisierenden Differenzierung zu verstehen, der aber zugleich immer auch der Neudefinition und der Veränderung unterworfen ist. Das heißt zunächst, Differenzierungen als disziplinierende Konstruktionen zu analysieren und die Prozesse der Vermachtung von Differenz selbst noch in jenen Praktiken wahrzunehmen, die affirmativ im Namen der Differenz operieren.

Hark, Sabine. Deviante Subjekte. Die paradoxe Politik der Identität. Opladen, 1999.

Wir MigrantInnen organisieren uns. Wir organisieren und kommunizieren, mithilfe dessen, was uns die Umgebung manchmal großzügig, manchmal knauserig und widerwillig zur Verfügung stellt. Wir sammeln die gelungenen Ideen und geben sie weiter in einer Form, die uns geeignet erscheint, mittels unserer informellen – aber, verglichen mit den formellen, nicht weniger erfolgreichen – informationsvermittelnden Einrichtungen. Wir tun das, weil uns unsere gesellschaftliche Stellung dazu zwingt. Als je Einzelne stehen uns nicht viele Möglichkeiten zur Verfügung, uns wohl zu fühlen. Also schließen wir uns zusammen und konstruieren Gemeinsamkeiten. Dabei entsteht so etwas wie Übersicht über unsere Umgebung und – vielleicht noch wichtiger – Geborgenheit und Sicherheit. Eine Übersicht über unsere Abhängigkeiten und eine Geborgenheit in der Zeit, in der wir leben. Und schließlich, nachdem wir diese politischen und emotionalen Konstanten stabilisiert haben, versuchen wir, ohne Belohnung und oft zum Scheitern verurteilt, neue Formen des Zusammenlebens auszuprobieren.

MigrantInnenorganisationen:

Einblick und Ausblick – <http://www.eipcp.net/diskurs/d02/text/bratic01.html>

Ljubomir Bratic 10_2000

Mich interessiert eher der Prozess der Identifikation als die fixen Positionen, die du einnimmst. Ich glaube, dass Identifikation ein Prozess ist und Identitäten temporäre Plattformen sind, auf denen du ein wenig Zeit verbringst und die dich dahingehend verändern, was du bist.

Die Frage ist, ob du dich zu einem bestimmten Zeitpunkt damit identifizieren kannst und dann wieder nicht und dich wieder heraushalten kannst. Wichtig ist zu wissen, wann du dranbleiben sollst und wann du loslassen sollst. Es ist nicht die Position, sondern die Tatsache, dass du dich in einem Diskurs, einer Praxis positionierst. Für mich hat es Bedeutung, ob ich wählen gehe oder nicht. Ich werde fürchterlich wütend, ich bin einfach nicht repräsentiert. Wenn ich eine Aussage treffe, auf die es ankommt, sage ich nicht etwas über das, was mir gleichgültig ist. Ich bin dabei, und dann bin ich nicht mehr dabei, ich habe etwas verloren. Es ist von Bedeutung, dass du dabei warst und dann nicht mehr dabei bist. Freud sagt über die Identifikation, dass bei der Identifikation die Gefahr besteht, dass du sie verschlucken willst. Identifikation ist dann so etwas wie das Essen. Du willst dich nicht nur in ihr positionieren, du willst sie für immer und ewig sein. Es ist wie eine Überinvestition in diese Position. Das ist das Problem bei der Identifikation.

*„Turn identity inside out!“
Interview mit Stuart Hall, bearbeitet von Angelika Bartl. In: Kulturrisse 02/01*

Es ist unser Menschenrecht, Kopftuch zu tragen, wenn wir es wollen. Wir lehnen all die vorgenommenen pauschalen Klassifizierungen und identitären Zuschreibungen ab. Wir nehmen uns das Recht heraus, uns unsere jeweilige(n) persönliche(n) Identität(en) selbst auszusuchen, sie zu verändern und sie so zu definieren, wie wir es persönlich für richtig halten. Wir schließen mit einem Zitat unserer FreundInnen von Kanak Attak und sagen:

Integriert uns am Arsch.

(Kulturverein Kanafani / Wien)

http://www.kanafani.at/antirassismus_kanafani.html

Rubia Salgado, März

Laut und hartnäckig!

Politische Öffentlichkeitsarbeit aus der Sicht der Schwarzen Frauen Community

*zu besonderen anlässen
und bei besonderen ereignissen
aber besonders
kurz vor und nach den wahlen
sind wir wieder gefragt...¹*

In Zeiten wie diesen...

Wien, Sonntag, 3. Juni 2006

In der Straßenbahn vorbei am Rathaus. Wahlplakate säumen den Ring. Zuwanderung, Integration. Die Hetze gegen Menschen anderer Herkunft hat begonnen. Der ‚Kampf Wahl‘ hat begonnen.

Jetzt sind wir plötzlich wieder gegenwärtig. Es wird über das Problem der MigrantIn gesprochen, über Integration und Kulturen, die unvereinbar erscheinen. Doch die Stimmen der MigrantInnen, ihre Aktionen und Reaktionen werden nicht plakatiert.

Wo aber sind diese Stimmen? An den Rand gedrängt? Als Protest einer alternativen Szene? Die aus dem Alltagsdiskurs ausgeblendet wird, um einerseits zu beweisen, dass es sich nur um eine Schar aufmüpfiger ‚Integrationsunwilliger‘ handle, andererseits um auch den MigrantInnen selbst weis zu machen, dass sie zu klein sind, zu wenig Stimme haben, um sich selbst zu organisieren?

Doch wir müssen uns diese Räume nehmen, sie ausnutzen um uns breiteres Gehör zu verschaffen, untereinander Allianzen eingehen, um so unseren Platz in der Gesellschaft, deren Mitglieder wir bereits sind, zu behaupten. Die Handlungsstrategien von Selbstorganisationen müssen bei dieser Eroberung kreativ und vielschichtig sein.

SFC und Antirassismuarbeit

Eines der Hauptanliegen der Schwarzen Frauen Community – SFC (www.schwarzefrauen.net) ist es, der schwarzen Migrantin ein Gesicht und vor allem eine

Stimme zu geben, die auch im Alltagsdiskurs gehört wird.

Die gemeinsame Aktion mit dem Künstlerinnenkollektiv Klub 2, die im Rahmen von Arbeiten gegen Rassismen 2005 verwirklicht wurde, ist ein Beispiel dafür. Die Forderungen schwarzer Frauen wurden mit Hilfe von Plakaten an Haltestellen, Citylights und Litfasssäulen Wiens einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht, nachdem die Wiener Linien ihre ursprüngliche Zusage, diese auf den Straßenbahnlinien D zu plakattieren, zurückgezogen hatten. Dass die Plakataktion und die folgende Ausstellung ‚Wie Gesellschaft und Politik ins Bild kommen‘ aber eine Menge Menschen erreichte, kann am großen Interesse und medialen Echo gemessen werden, wenn es auch nicht immer durchwegs positive Rückmeldungen waren.² Besonders die Forderung ‚Respekt und Rechte für sichtbare Minderheiten‘ sorgte für Aufregung.

Mit der größeren Aufmerksamkeit verbunden war aber auch Kritik an der Funktion des SFC als Selbstorganisation und an ihren Standpunkten. Wie schon zur Zeit der Gründung des Vereins wurde der Vorwurf des Sektierertums und eigenen, schwarzen Rassismus laut. Die Notwendigkeit einer eigenen Organisation für schwarze Frauen, noch dazu einer Selbstorganisation, wurde und wird von öffentlicher Seite, von Seiten etablierter NGOs, aber auch in den eigenen Communities oftmals angezweifelt und kann von unserer Seite aufgrund unserer Kenntnisse nur immer wieder vehement vertreten werden. Viel verlockender scheint es manchen, Selbstorganisationen in bereits bestehende Strukturen zu integrieren, um so von Mehrheitsangehörigen eingenommene Positionen zu schützen und eine stärkere Kontrolle ausüben zu können.

Wie andere migrantische Selbstorganisationen haben wir diese Gefahren erkannt.

Eines der ersten Dinge, die eine Selbstorganisation daher lernen muss, ist es, die eigene Stimme laut werden

zu lassen, unbequem zu sein, sich Raum zu nehmen und diesen für die eigene Sache zu nutzen. Vernetzungen und Kooperationen mit anderen migrantischen Selbstorganisationen sind Möglichkeiten, die der Verein SFC eingeht und nutzt, um eine breitere Öffentlichkeit zu erreichen, denn wir sind von der Notwendigkeit und Wichtigkeit der Selbstorganisationen, insbesondere in der österreichischen Gesellschaft, überzeugt.

*...als ‚liebe ausländische mitbürgerInnen‘
ohne bürgerrechte natürlich
als migrantinnen
aus aller herren länder
als experten in sachen rassismus
als betroffene...*

Podiumsdiskussionen können mögliche Produkte solcher Kooperationen sein. Doch auch hier müssen migrantische Selbstorganisationen auf der Hut sein: Nur allzu oft fällt die Mehrheitsgesellschaft in die alte, noch immer nicht auf breiter, gesellschaftlicher und politischer Ebene reflektierte Angewohnheit zurück, für uns Migrantinnen zu sprechen unsere Belange in eine soziale Problemecke zu stellen und unsere gesellschaftliche wie politische Relevanz zu leugnen. Damit einher geht oft, dass schwarze Frauen, wenn am Podium, nicht als Expertinnen auf ihrem Gebiet sprechen, sondern sich als Betroffene äußern sollen. Man fragt uns dann, woher wir kommen, wie lange wir schon in Österreich leben, welche Probleme wir haben usw. Das Bild der schwarzen Frau ist in Österreich nach wie vor eher mit sozialen Problemen als mit Expertintum verbunden. Scheinbar fällt es der Öffentlichkeit schwer, mit dem Bild selbstbewusster schwarzer Frauen umzugehen. Es ist leichter, mit uns über die ‚Armut‘ in unseren Herkunftsländern zu diskutieren, als sich unseren Forderungen an die österreichische Gesellschaft zu stellen.

*...wir sind wieder diejenigen
die die weißmacher der geschichte
schon gestern über-sahen
oder ent-deckten
beschrieben definierten belehrten...*

Zu Notwendigkeit und Nutzen von Selbstorganisationen

Doch das Kennen dieser Mechanismen macht es möglich, diesen Fallen geschickt auszuweichen und unsere Anliegen dennoch zu positionieren, Forderungen einzubringen, unsere Arbeit einer größeren Zahl von Menschen zugänglich zu machen.

Um solchen Diskursen zu entgehen, sehen wir als Selbstorganisation auch die Notwendigkeit, eigene Podiumsdiskussionen und Informationsveranstaltungen zu organisieren, uns noch besser mit anderen migrantischen Selbstorganisationen zu organisieren, um Handlungsspielräume und -strategien auszuloten. Die Förderung der Vernetzung von SOMs untereinander, ein gemeinschaftliches Auftreten und die Bündelung einzelner Kräfte müssen, neben den eigenen spezifischen Anliegen, eines der Ziele von migrantischen Selbstorganisationen sein. Die Wahlpartie ist eine dieser Verbindungen. So ist es auch möglich, ein größeres Publikum zu erreichen, die ‚Szene‘ auszuweiten und Anliegen in die Gesellschaft zu tragen.

Besonders PolitikerInnen sind in Zeiten des Wahlkampfes oder bei öffentlichen Diskussionen gern bereit, Lippenbekenntnisse zu machen. SOMs müssen die Hartnäckigkeit haben, Versprechen immer wieder einzufordern, die Verantwortlichen an ihre Pflichten zu erinnern. Wenn es um Hartnäckigkeit geht, hat auch die SFC einiges dazugelernt, es reicht nicht, sich mit Versprechungen zufrieden zu geben.

Die Realisierung des Projektes Gesundheitstandem³ war das Ergebnis eines langen Prozesses, in dem sich der Verein auch im Umgang mit PolitikerInnen und öffentlichen Stellen profilieren konnte. Immer wieder müssen Selbstorganisationen ihre Position und vor allem ihre Relevanz für die österreichische Gesellschaft betonen, um nicht in von Regierungshand konzipierte Kategorien zu geraten und ihr Expertintum aberkannt zu bekommen.

...und dann – was dann...



Was geschieht nun mit unseren Forderungen? Wie können wir unsere Reichweite verbessern?

SFC sieht für sich eine große Chance in der Vernetzung mit Medien und versucht so, mehr Öffentlichkeit zu erreichen. Kontakte zu Medien jeglicher Art müssen also genutzt werden, um die eigenen Anliegen zu verbreiten. In der Vergangenheit waren das im Falle von SFC Beiträge in Publikationen Verbündeter (an.schläge, bildpunkt, afrika.net), aber auch in Zeitungen mit weit größeren Auflagen, wie z.B. Woman, Standard oder ORF. Wie wir an den Reaktionen auf unserer Website sehen konnten, erreichen solche Auftritte viele Menschen. Teilweise wird man mit negativen Aussagen konfrontiert, aber auch mit durchaus positiven Stimmen aus der Zivilgesellschaft. Leider sind gerade negative Einträge auf unseren Webseiten ohne Absenderangabe erfolgt, so kann eine notwendige, konstruktive

Diskussion nicht weitergeführt werden. Doch wir freuen uns über jede Reaktion, da es zeigt, dass die Message ankommt, sich Menschen mit uns auseinandersetzen.

Des Weiteren sind öffentliche Äußerungen die einzige Möglichkeit, selbst bestimmte Inhalte weiterzugeben. Die vermeintliche ‚Ausländerdiskussion‘ in Österreich ist ja, wie hinlänglich bekannt ist, keine Diskussion, sondern ein österreichischer Monolog, in dem die Stimmen von MigrantInnen nicht vorkommen.

Unsere Aufgabe als Selbstorganisation von schwarzen Frauen ist es, das zu ändern. Die Pflicht der österreichischen GesetzesvertreterInnen (PolitikerInnen, Behörden, Institutionen) ist es, uns in diesem Vorhaben zu unterstützen, uns mit genügend Ressourcen zu versorgen, damit wir diese Arbeit fortsetzen können.

Öffentlichkeitsarbeit und Lobbying benötigt Zeit, die wir, neben unserer eigentlichen Arbeit mit unserer Zielgruppe, oftmals nicht haben. Das Erkennen dieses Handlungsbedarfs von Seiten der Gesetzgebung, das Einbinden von Migrantinnen und Migranten und ihren SOMs in die politische Arbeit setzt allerdings das längst fällige Erkennen der Relevanz migrantischer Stimmen zum Wohle der Gesamtgesellschaft voraus.

*...die lieben ausländischen mitbürgerInnen
obwohl oder weil
noch immer ohne bürgerrechte
schmücken sich für ihre eigenen Feste...
...und kommen nur noch
wenn sie selber wollen
sie werden langsam frech
so'n pech
ein glück...*

Was bleibt uns also zu tun?

Der Verein SFC ist fest entschlossen, weiterhin

hartnäckig zu sein, (un)mögliche Räume zu erobern, eine laute Stimme abzugeben für schwarze Frauen in Österreich. Wir wollen andere Menschen motivieren, sich ebenfalls zu engagieren, zu organisieren, sich auch einen Platz zu erobern. Die gemeinsame Plakataktion⁴ ‚Schwarze Persönlichkeiten‘ von Beatrice Achaleke, Simon Inou und Phillip Horak ist ein weiterer Schritt zu einer Gesellschaft, deren Verschiedenheit sich endlich auch in der öffentlichen Wahrnehmung widerspiegelt.

¹ Auszüge aus Ayim, May. gegen leber-wurst-grau für eine bunte republik. In: Blues in Schwarz Weiß. Berlin: Orlanda, 2005

² vgl. Achaleke, Beatrice/Vatanzadeh, Maria. Jahresbericht SFC 2006. Wien, 2006 erhältlich unter: www.schwarzefrauen.net

³ vgl. Achaleke, Beatrice/Imhoff Jennifer/Vatanzadeh, Maria. Gesundheitstandem Tätigkeitsbericht SFC. Wien, 2006 erhältlich unter: www.schwarzefrauen.net

⁴ Die Plakataktion von Beatrice Achaleke, Simon Inou und Phillip Horak mit dem Titel „Schwarze Persönlichkeiten“ ist derzeit in Ausarbeitung und wird demnächst nicht nur auf den Wiener Straßen zu sehen sein, sondern auch in verschiedenen Ausstellungsräumen und in Buchform zu erhältlich sein.

Belinda Kazeem, Schwarze Frauen Community



Sind Sie AusländerIn?

Der vorliegende Test zur Feststellung Ihres Status wurde als ein Ergebnis ausführlicher Untersuchungen von den beiden Wissenschaftlerinnen Prof. Dr. Aree-Aneh* und Prof. Dr. Mary Owen* entworfen. In nur 35 Fragen können Sie herausfinden, ob auch Sie AusländerIn sind. Die Fragestellungen wurden aufgrund einer Telefonbefragung entwickelt, die ein renommiertes deutsches Magazin an in Deutschland wohnhaften Menschen namens ‚Öztürk‘ durchgeführt hat.¹ Die weiteren Informationsquellen für die Zusammenstellung möchten ungenannt bleiben.

Bitte antworten Sie spontan und überlegen Sie nicht zu lange. Ihr persönliches Ergebnis finden Sie auf der nächsten Seite.

1. Haben Sie die Petition gegen Hundstrümmerl unterschrieben?
2. Bekommen Sie Gewaltphantasien bei Kindergeschrei?
3. Arbeiten Sie lieber am Tag oder in der Nacht?
4. Haben Sie im Winter Depressionen?
5. Ist Ihr Arbeitgeber McDonalds oder die EU?
6. Sind Sie für die Ausweisung rassistischer Ausländer?
7. Wie viele exotische Rezepte kennen Sie?
8. Haben Sie einen bösen Akzent?
9. Wie viel Zeit bringen Sie wöchentlich dafür auf, Ihre Initiativen MigrantInnen besser zugänglich zu machen?
10. Wer bezahlt Sie dafür?
11. Glauben Sie an die unbefleckte Empfängnis der Kulturprojektfinanzierung?
12. Wissen Sie, was EP heißt?
13. Finden Sie, dass der Bezirk Josefstadt in den Namen Atatürk-belde umbenannt werden soll?
14. Haben Sie ein Fernrohr?
15. Haben Sie schon einmal einen Sprachkurs gemacht?
16. Halten Sie bei Fußballspielen zu Österreich oder Tschechien?
17. Werden Sie bei der Volksabstimmung dafür stimmen, Kärnten an Slowenien zurückzugeben?
18. Essen Sie gerne Leberkäse?
19. Bei wie vielen Podiumsdiskussionen zum Thema Antirassismus waren Sie bereits?
20.
 - a. Sind Sie für ein Grundeinkommen?
 - b. Würden Sie dann aufhören zu arbeiten?
21. Würden Sie sich lieber die Zunge abbeißen, als für wen anderen zu sprechen?
22. Pinkeln Sie im Sitzen oder im Stehen?
23. Arbeiten Sie gerne für das Gemeinwohl?
24. Sind Sie für gesonderte Badetage für Haupt- und Gymnasialschüler?
25. Sind Sie Chefin in Wien?
26. Sind Sie stolz, im 2. Bezirk zu wohnen?
27. Finden Sie Beten unzivilisiert?
28. Wie oft wurden Sie schon interviewt?
29. Haben Sie schlafende Ressourcen?
30. Wann planen Sie, in den Süden zu ziehen?

¹ ‚Sind Sie ein/e TerroristIn?‘ siehe: www.titanic-magazin.de/index.php

- a. vor Pensionsantritt
- b. nach Pensionsantritt

- 31. Finden Sie das Proletariat auch mit Kopftuch sexy?
- 32. Essen Sie Ihr Kebab lieber privat?
- 33. Schafft Ihre Identität Arbeitsplätze?
- 34. Haben Sie Angst vor dem Aussterben?

TYP AusländerIn: Es wurde festgestellt, dass Sie Ausländerin sind. Bitte versuchen Sie es in einigen Jahren noch einmal. Sie können sich in der Zwischenzeit verschiedenen Untersuchungen im Innenministerium hinsichtlich Ihrer Gesinnung und Ihrer persönlichen Vorlieben unterziehen. Für eine Optimierung Ihres Ergebnisses geben wir Ihnen folgende Tipps:

Zeigen Sie sich sensibel gegenüber der immer wiederkehrenden Vergewaltigung der Mozartkugel durch das Bakhlava.

Besaufen Sie sich bis zur Integrationswilligkeit!

Wenn Sie öffentlich diszipliniert werden, denken Sie daran: auch Mozart war unverstanden.

TYP Nicht-AusländerIn: Es tut uns Leid. Sie sind eine artifizielle Monokultur.



MigrantInnen in den Mainstream-Medien: Eine Wende

In Mainstream-Medien (Medien mit hoher Auflage sowie hoher Verbreitung) wird Migration oft thematisiert. Eine mögliche multikulturelle Zusammensetzung der Redaktionsmitglieder ist hingegen kein Thema. Die Initiative M-Media will diese Situation ändern.

In der österreichischen Medienlandschaft bemerken wir folgende Situation. Auf der einen Seite eine blühende, kreative, kraftvolle und finanzarme Entwicklung von MigrantInnen-Medien, die oft mehrsprachig sind. Das Publikum bleibt sehr gering. Dennoch sind diese Medien für die betroffenen Communities sehr wichtig. Für die Mehrheit der ÖsterreicherInnen jedoch nicht. Die Mehrheitsgesellschaft informiert sich meistens aus den Mainstream-Medien, die Migrationsthemen leider nur unter einem Sicherheitsaspekt betrachten – was für eine offene Gesellschaft im Sinne von Karl Popper langfristig gefährlich ist.

Auf der anderen Seite erreichen uns die mehrheitlich österreichischen, finanzkräftigen und mächtigeren (Mainstream-) Medien (von der Kronen Zeitung bis hin zu Puls TV...). Dazwischen wenige JournalistInnen, die über das Thema Migration berichten. Oft in den Bereichen Chronik. Eine Sparte in den Tageszeitungen, die als nicht sehr anspruchsvoll angesehen wird.

Schauen wir uns in den Redaktionen mehrerer Zeitungen, Radiosender und TV-Stationen sowie Internet-Portalen in Österreich um. Selten sind es MigrantInnen der ersten, zweiten und dritten Generationen, die beschäftigt sind. Auch ‚Österreich‘, die neue Tageszeitung der Brüder Fellner, die im September 2006 gelauncht wird, hat keinen Platz für MigrantInnen geschaffen. Österreichische (Mainstream-) Medien sind Institutionen, die das Problem Migration zwar thematisieren, aber dabei selbst viel zu konservativ bleiben, um sich wirklich mit diesem Thema auseinander zu setzen. Als MigrantInnen werden wir uns noch lange im Bereich Chronik dargestellt finden. Das heißt, wir werden immer reduziert auf die zwei Pole der Berichterstattung, nämlich: weiterhin als Opfer (z.B. Opfer von

Rassismen, Ausschließungen usw.) oder als Kriminelle (‚rumänische Taschendiebe‘, ‚afrikanische Drogendealer‘, ‚polnische Schwarzarbeiter‘ usw.) dargestellt.

Auch die geschaffenen Initiativen wie Radio Orange, und vor kurzem Okto TV gehen nicht auf die Herausforderung ein, ‚MigrantInnen in den Mainstream-Medien‘ offen zu thematisieren. Natürlich auf Plattformen (der freien Medien) leistet die Stadt Wien beispielsweise eine hervorragende Arbeit, mehreren Gruppen eine Möglichkeit zu geben, sich öffentlich zu äußern, was so in den Mainstream-Medien nicht existiert.

Gleichzeitig schaffen solche Institutionen eine starke Ghettoisierung mehrerer MigrantInnen-Gruppen, deren Präsenz in der Gesellschaft immer sichtbarer wird. Es gibt grundsätzlich in den Mainstream-Medien eine Art Angst, sich mit dem Thema ‚MigrantInnen in den Mainstream-Medien‘ auseinander zu setzen. Ein Beispiel ist der Publikumsrat des ORF.

Der Publikumsrat besteht aus 35 Mitgliedern, die Details der Bestellung und der Zusammensetzung des Publikumsrats finden sich in § 28 ORF-Gesetz. Eine Funktionsperiode dauert vier Jahre. In diesem Publikumsrat gibt es keine Vertretung von/für MigrantInnen, wohl aber für Volksgruppen. Viele Medien berichten über Migrantinnen und Migranten, aber sehr wenige beschäftigen qualifizierte MigrantInnen die in diesem Bereich auch viel beizutragen haben. Diese wären dann nicht immer als Objekte in den Medien, etwas, worüber andere schreiben, sondern sie würden selbst in den Mainstream-Medien berichten, und zwar nicht nur über migrantische Themen (was eine Ghettoisierung zweiter Ebene wäre und ist), sondern auch über das umfassende Leben in Österreich. Auch migrantische Vereine würden gern ihre Botschaften in den Mainstream-Medien veröffentlicht sehen statt nur in den Community-Medien. Die Zukunft der in Österreich etablierten Mainstream-Medien braucht die zweite und



dritte Generation von Einwanderer-Kindern.

Genau diese Aufgaben hat sich der Verein M-Media gestellt.

Kurz gesagt, bezweckt der Verein M-Media die Durchsetzung von medien- und kommunikationsbezogenen Ausbildungsangeboten für Migrantinnen und Migranten im In- und Ausland und deren Organisationen. Er betreut die redaktionelle Erarbeitung von interkulturellen Medien- und Kommunikationsbeiträgen von, für und mit MigrantInnen; er leistet Medienberatung zugunsten der MigrantInnenorganisationen. Dazu kommt eine verstärkte Kooperation mit österreichischen Medien, um die Qualität der Berichterstattung über die MigrantInnen zu verbessern sowie deren Zugänge zu Massenmedien zu erleichtern und zu fördern. Außerdem bezweckt der Verein das Einbinden von MigrantInnen in die österreichischen Mainstream-Medien sowie die Förderung von MigrantInnen in Medienunternehmen.

M-Media sieht sich als eine Art Brücke zwischen Mainstream-Medien und MigrantInnen. Unser Anliegen ist es zu vermeiden, dass die ‚beiden Gesellschaften‘ sich ghettoisieren.

JournalistInnen mit migrantischem Hintergrund müssen die gleichen Beschäftigungsverhältnisse bekommen wie die mehrheitsangehörigen KollegInnen.

Die Idee, M-Media zu initiieren, entstand nach meiner 4-jährigen Erfahrung (als Migrant-Journalist) in einer österreichischen Tageszeitung.

M-Media befindet sich in der letzten Aufbauphase, kurz vor dem offiziellen Start, der im September 2006 geplant ist.

Zurzeit konzentrieren wir uns (noch) auf den Aufbau von Kontakten innerhalb der Redaktionen. Diese Arbeitsphase läuft gut an. Die Erfahrungen bei diesem Netzwerkaufbau sind ermutigend.

Die Finanzierung dieser Initiative ist noch ungeklärt und basiert derzeit auf privaten Quellen. Es wird versucht, auf neue Art Ressourcen zu finden. Um öffentliche Gelder wird zu einem späteren Zeitpunkt angestrebt.

M-Media befindet sich in der Dueckegasse 7-4-20, 1220 Wien.

Eine Homepage wird derzeit aufgebaut.

Simon INOU, M-Media, Afrikanet – <http://www.afrikanet.info>

Glatt und verkehrt gestrickt

Supervision und Migration

„Die Frage ist nicht, welcher Ismus die Hauptursache der Unterdrückung in unserer Zivilisation ist, welches Geschlecht, welche Klasse, welche Rasse die unterdrückteste ist. Die Frage, die uns beschäftigen sollte, ist die nach dem sozialen Konstrukt der Macht. Diejenigen, die die Macht haben, werden sie nie freiwillig abgeben – ganz gleich, ob die Macht nun auf dem Geschlecht, auf Reichtum oder weißer Hautfarbe beruht. Denn Macht wird nie – oder jedenfalls höchst selten – aufgegeben, sie muss ergriffen werden. Nicht von Menschen, die passive Opfer sind, sondern von Menschen, die es aus ihrer Unterdrückung heraus zum Handeln treibt. Wenn und falls sie es aber schaffen, die Macht zu ergreifen, werden sie wahrscheinlich, das muss ich zugeben, wieder Mittel und Wege finden, sie zu missbrauchen.“

Das Anliegen dieses Artikels ist es zu zeigen, dass Supervision² ein wichtiges Instrument bei der Arbeit mit interkulturellen Teams und in der Aufarbeitung von Auswirkungen der strukturellen Diskriminierung ist. Das erfordert, sich mit den Themen der Supervision aus einem speziellen Blickwinkel auseinanderzusetzen. Im Weiteren geht es auch um die Frage, was die Supervision auszeichnet, wenn die/der SupervisorIn, BeraterIn, MentorIn... in der Arbeit mit interkulturellen Teams, mit MigrantInnen, mit Organisationen der Minderheitsgesellschaft selbst ein/e MigrantIn, bzw. ein/e ‚Betroffene/r‘³ ist.

Empowerment⁴ der von struktureller Diskriminierung Betroffenen

Die Prinzipien der Beratungsarbeit von interkulturellen Teams mit dem emanzipatorischen Anspruch der Antidiskriminierung zu bereichern, erfordert bei allen Interventionsinstrumenten, wie Supervision, Beratung, Moderation, Mediation, die Inhalte dieser Werkzeuge zu überprüfen, zu erweitern und abzuändern. Nur so können wir diese Formen der Beratungstätigkeit für das Empowerment der Betroffenen von struktureller Diskriminierung einsetzen.

Der Grund dafür ist: Die meisten Interventionsformen wurden unter der fiktiven Annahme der strukturellen Gleichheit der Teammitglieder entwickelt und berücksichtigen die asymmetrische Machtverteilung der Mehrheitsgesellschaft in der Regel nicht. Das Ziel ist es, diese Interventionstechniken zu einem Instrumentarium der Antidiskriminierungsarbeit zu machen.

SupervisorInnen mit migrantischem Hintergrund

In den letzten Jahren kann man beobachten, dass in interkulturellen Teams immer mehr der Anspruch erhoben wird, in die Beratungsarbeit BeraterInnen, SupervisorInnen mit Selbsterfahrung von struktureller Diskriminierung einzubeziehen. Diese neu formulierte Erwartung der professionellen Hilfeberufe hat neue Entwicklungen – und auch neue Konflikte – in Gang gesetzt.

Wichtige Themen der Supervisionsarbeit im migrantischen Kontext

1. Gleichstellung

Was passiert in einem Arbeitskontext, wenn RepräsentantInnen der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft – zumindest formal – gleichgestellte Arbeitspositionen beziehen? Welche Art der strukturellen Diskriminierung beeinträchtigt die Zusammenarbeit?

2. Teamentwicklung

Wie in der ‚Power shuffle‘-Übung⁵, stehen am Anfang alle Mitglieder einer Arbeitsgruppe gleich nebeneinander auf einer Linie. Mit der allmählichen Auswirkung der diversen Aspekte der strukturellen Diskriminierung eröffnen sich verschiedene Handlungsmöglichkeiten für die einzelnen Mitglieder. Wo trifft die/der SupervisorIn die einzelnen Mitglieder einer Arbeitsgruppe nach einem Teamentwicklungsprozess? Wie werden Privilegien und Benachteiligungen verteilt? Welche Aspekte der Arbeitsteilung und der Arbeitsbefugnisse

verstärken Macht und Ausgrenzung? Wann wird in Arbeitsgruppen die unterschiedliche Herkunft und Erfahrung bzw. Nicht-Erfahrung von Minderheitsidentitäten relevant?

3. Chancen und Perspektiven im Arbeitsprozess

Im Organisationsentwicklungsprozess wird die Arbeitsstruktur mit ‚Leben‘ gefüllt: Es entstehen Positionen und Rollen mit diversen Aufgabestellungen mit den dazugehörigen Pflichten und Verantwortungen. Eine Hierarchie bildet sich aus, sowohl formal wie informell. Welche Rolle spielen dabei die unterschiedlichen Migrations- und Minderheitenerfahrungen? Dienen sie als wichtige Katalysatoren zur Erklärung der Dynamik, der Konfliktsfähigkeit eines Teams, einer Arbeitsgruppe? Wie werden die Auseinandersetzungen ausgetragen? Wieweit verdecken bzw. übereinstimmen Prozesse von Macht und Ausgrenzung die Gefälle der strukturellen Diskriminierung?

4. Kompetenz

Welche Erfahrungen und welche Art von Wissen werden von den Mitgliedern einer Arbeitsgruppe als Kompetenz im Arbeitsprozess anerkannt? Was für eine Rolle spielt es für die/den SupervisorIn, ‚Betroffene/r‘ zu sein, d.h. wenn sie/er selbst über Erfahrungen der strukturellen Diskriminierung verfügt? Wie wird ‚Neutralität‘ definiert?

Erfahrungen und Probleme, die in einer Auseinandersetzung vertieft werden sollten

Ungleichheiten, Machtunterschiede und strukturelle Diskriminierung⁶:

Worum es in den meisten Auseinandersetzungen mit der Migration und anderen Formen der strukturellen Diskriminierung geht, sind die Machtunterschiede. Es gibt immer Ungleichheiten, daraus besteht unsere Welt. Wir beschäftigen uns aber nicht mit Ungleichheiten an sich, sondern mit solchen, die ein Machtgefälle erzeugen und von struktureller Natur sind. Als Beispiel eine konkrete und uns allen gut bekannte Situation: die Bewerbungen bei Stellenangeboten.

In der Analyse von Einstellungssituationen gehen wir meistens davon aus – bzw. möchten wir glauben –, dass die Wahl aus den BewerberInnen für den gleichen Job objektiv entscheidbar ist. Wir müssen aber allmählich

wahrnehmen, dass die Qualifikationen der BewerberInnen nicht gleich sind. Meist taucht gleichzeitig mit dem Erkennen dieser Unterschiede aber auch die Frage auf, welche Qualifikationen mehr und welche weniger wert sind bzw. die eher subjektive Abwägung, welche Qualifikation ‚wichtiger‘ für den konkreten Job ist. In den Bewerbungssituationen entscheidet letzten Endes oft die sog. ‚Chemie‘. Dabei spielt die Fremdheit und Diskriminierung eine große Rolle. Wie kann ein/e MigrantIn⁷, die nicht in der Aufnahmegesellschaft sozialisiert wurde, für diejenigen Personen, die hier aufgewachsen sind, nicht fremd erscheinen? Wir können raten, was mit großer Wahrscheinlichkeit passiert, wenn sich unter den BewerberInnen sowohl MigrantInnen als auch Mehrheitsgesellschaftsangehörige befinden. Wer wird aufgenommen? Die Entscheidung treffen meistens jene Personen, die RepräsentantInnen der Mehrheitsgesellschaft sind.

Ein konkretes Beispiel:

In einem EU-Projekt, das sich die Verstärkung der Positionen der MigrantInnen am Arbeitsmarkt als Ziel gesetzt hat, werden AkademikerInnen mit migrantischem Hintergrund für befristete Projektarbeit gesucht. Allein in dieser Vorschreibung, eine in Österreich anerkannte akademische Ausbildung zur Bedingung zu machen, steckt eine Menge Diskriminierung. Es gibt nur ein paar Prozent MigrantInnen, die ihre akademische Ausbildung in Österreich erworben oder die Hürde der Nostrifizierung geschafft haben. Im genannten Fall haben sich einige MigrantInnen mit akademischer Ausbildung beworben. Wer wurde aufgenommen? Eine Mehrheitsgesellschaftsangehörige, weil die Kenntnis eines Testverfahrens – das leicht aus der Fachliteratur zu erlernen war – als wichtiger, als mehr wert galt als die migrantische Selbsterfahrung. So wurde in diesem EU-Projekt von den 20 neuen Anstellungen eine einzige Person mit migrantischen Erfahrungen angestellt. Das ist strukturelle Diskriminierung und Folge der Machtasymmetrie.

Welche Qualifikation ist wie viel wert?

Aus diesen Erfahrungen heraus stellt sich die Frage: Welche Qualifikation oder Zusatzqualifikation haben die migrantischen Selbsterfahrungen und wie stehen diese in einer möglicher Konkurrenz zu den anderen,

in anerkannten Bildungssystemen erworbenen Qualifikationen?

Sind jene Kenntnisse, die MigrantInnen meistens nicht haben oder nicht ‚vollkommen‘ beherrschen, wirklich so notwendig? Warum wird z.B. so viel Wert auf fehlerfreies schriftliches Deutsch in allen möglichen Anstellungen gelegt? Warum sind die Erfahrungen der Migrationsprozesse nicht so wichtig? Offensichtlich sind ‚Defizite‘ leichter zu benennen als das, was die MigrantInnen als Erfahrung, als Wissen haben, anzuerkennen.

Dann aber, wenn wir über die ‚Zusatzqualifikationen‘ reden, definieren und werten wir diejenigen Kenntnisse auf, über die nur Personen mit Migrationselbsterfahrung⁸ verfügen. Dann ist der Mythos der Defizite nicht mehr haltbar. Dann müssten wir wirklich darüber nachdenken, welche Kompetenzen in der Migrationsarbeit erforderlich und welche ‚Basis‘-Qualifikationen eigentlich notwendig sind.

Teambildung und Teamentwicklung

In interkulturellen Teams stellt sich oft die Frage, wer überhaupt zum Team gehört bzw. wie die Struktur des Teams ausgebildet wird. Nehmen wir das Beispiel eines Beratungsteams im interkulturellen Kontext, in dem MigrantInnen als DolmetscherInnen arbeiten. In der Supervision ersuche ich die Teammitglieder, die Zusammensetzung des Teams symbolisch, mit Hilfe von Sesseln aufzustellen. Die Kollegin, die die Aufstellung macht, stellt die Sessel für die DolmetscherInnen eher außerhalb der ‚Bühne‘ auf. Die Platzierung der Sessel symbolisiert die Spaltung und die Ambivalenz der Teamzugehörigkeit.

In konkretem Fall war es nicht möglich – weder auf der Ebene des Teams noch auf der Ebene der strukturellen Diskriminierung –, das Thema aufzuarbeiten. Wobei hier der grundlegende Konflikt sichtbar wurde, der zwischen den ‚weißen‘, durch strukturelle Diskriminierung in ihren Lebensbereichen weniger belasteten BeraterInnen einerseits und den ‚schwarzen‘, in ihrer Existenz durch die strukturelle Diskriminierung elementar betroffenen KlientInnen andererseits, besteht. Stellvertretend für diesen Konflikt stand der verdeckte Konflikt zwischen BeraterInnen und

DolmetscherInnen in Bezug auf Kompetenz in der Beratungsarbeit und auf Einfluss im Team.

Soll die/der SupervisorIn die Aufarbeitung der für sie/ihn sichtbaren Widersprüche forcieren? Ich vertrete die Meinung, dass solche Erkenntnisse thematisiert gehören. Die Entscheidung darüber, ob das Team mit dem Thema weiterarbeitet, muss aber das Team selbst treffen.

Wie wird mit dem Thema der Differenz gearbeitet?

Es klingt vielleicht überraschend, aber es ist schwierig, dieses Thema in die Supervision einzubringen. Ich denke jetzt an ein Team, das tagtäglich in seiner Arbeit mit Diskriminierungsfällen konfrontiert wurde – und es war trotzdem sehr schwierig zu fragen: ‚Und wie ist es mit der Diskriminierung hier, in diesem Team?‘ Die Erfahrung zeigt, dass Vertrauen innerhalb des Teams und Vertrauen zur/m SupervisorIn Voraussetzung sind für die Arbeit mit der Differenz. Und: Das Team muss bereit sein, sich mit schwierigen Themen auseinanderzusetzen, erzwingen kann man so etwas nicht.

Exkurs: Unparteilichkeit gibt es nicht!

Es kommt vor, dass ich in der Arbeit mit der strukturellen Diskriminierung als parteilich erlebt werde, da ich migrantischen Hintergrund habe. Parteilichkeit ist ein Reizwort in der Arbeit mit strukturell Privilegierten und strukturell Diskriminierten. Die vielen Emotionen, die in jener Diskussion um den Begriff Parteilichkeit und Neutralität auftreten, zeigen die offenen, nicht bearbeiteten Meinungsunterschiede, mit denen wir uns irgendwann ernsthaft auseinandersetzen müssen.

Ich bin überzeugt, dass die Thematik der Parteilichkeit in der Antidiskriminierungsarbeit immer vorhanden ist. Meine Erfahrungen verstärken in mir immer mehr den Eindruck, dass in Konflikten der strukturellen Diskriminierung die Unparteilichkeit nicht möglich ist. Wenn wir in Konflikten der strukturellen Diskriminierung annehmen und danach handeln, dass die Beteiligten des Konflikts de facto gleichgestellt sind – im Beispiel des Beratungsteams also die DolmetscherInnen und die BeraterInnen –, dann stärken wir mit unserer Haltung die Stärkeren und entziehen den Schwächeren wichtige Interventionen. Wir sind also auch parteiisch.



Vermeidung und Verleugnung

Es ist eher auffällig, welche Themen vermieden werden. Durchaus auch seitens der MitarbeiterInnen mit Migrationselbsterfahrung. Konflikte werden viel lieber auf der persönlichen Ebene gesehen als in ihrer gesellschaftlichen Verankerung.

Ich habe z.B. eine Klientin, die für ihre Einzelsupervision explizit eine Supervisorin mit Migrationshintergrund gewählt hat. Seit Jahren überlegt sie, ob und wenn ja, wie sie auf ihrem Arbeitsplatz diskriminiert wird. Sie steht im Team in gewisser Weise alleine, weil sie sich weder mit ihren Kolleginnen, die zur Mehrheitsgesellschaft gehören, noch mit den migrantischen Kolleginnen – ‚Sie sehen überall Diskriminierungen!‘ – identifizieren kann. Sie sucht die Ursachen für Spannungen auf der persönlichen Ebene. Im Grunde sucht sie so lange nach Erklärungen, die aber nicht greifen, bis es keine mehr gibt. Und dann kommt die Erkenntnis: ‚Da ist doch was, ja, da werde ich wahrscheinlich diskriminiert.‘ Dieses Erkennen ist Teil eines Emanzipationsprozesses. Darüber reden zu können, sich dessen bewusst zu werden. Ein schwieriger, aber

unvermeidlicher Schritt, der oft schmerzlich ist, dafür aber zum Empowerment führt.

Professionalitätsdruck

MigrantInnen sind unter einem ungeheuren Professionalitätsdruck. Sie arbeiten als BeraterIn, SupervisorIn, MediatorIn mit KlientInnen ihrer Muttersprache, die sie als eine der ‚ihren‘ sehen. Da gelten andere Grenzen, um in Kontakt bleiben zu können. Wenn sie sich aber dem österreichischen Rollenverständnis, dem Verständnis, wie die Grenzen liegen sollten, nicht anpassen, dann wird sofort ihre Professionalität in Frage gestellt.

Eine andere Form von Professionalitätsdruck ist der schon erwähnte Kult um die Deutschkenntnisse: Der Druck mit der Rechtschreibung betrifft nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund, er führt immer zur Diskriminierung sozial Schwächerer.

Umgekehrt können ja eigentlich die KollegInnen aus der Mehrheitsgesellschaft auch nicht arbeiten, wenn sie mit ihren KlientInnen kaum eine sprachliche Basis

haben. Aber das ist dann irgendwie nicht so tragisch, da wird dann halt ‚irgendwie‘ kommuniziert oder ‚irgendwer‘ übersetzt. Wenn die muttersprachliche Kommunikation unvermeidlich wird, dann wird dieses Wissen durch die Hierarchie abgewertet. Die muttersprachlichen MitarbeiterInnen werden zu DolmetscherInnen mit weniger Prestige und Bezahlung.

Bei migrantischen KollegInnen werden viel schneller Defizite gefunden. Dann heißt es: Sie können dies und das nicht machen, weil das nicht funktioniert. Wer hat die Aufgaben der Administration, Leitung und Finanzsachen in interkulturellen Teams? Diese Tätigkeiten sind eben mit Macht verbunden und werden meistens von den KollegInnen aus der Mehrheitsgesellschaft übernommen.

Es wäre gut, wenn innerhalb von Supervision auch Qualitätsstandards entwickelt werden, die genau diese Themen analysieren und beschreiben.

Typische Situationen, in denen unterschiedliche kulturelle Prägung und Migrationsselbsterfahrung eine Rolle spielen

Ich habe mit einem Zweierteam gearbeitet, das aus einer Mehrheitsgesellschaftsangehörigen und einer Migrantin bestand. Mein Auftrag war Krisenintervention. Das Thema war, wie Erfahrungen weitergegeben und wertgeschätzt werden, wie Austausch bei verschiedenen Tätigkeiten funktionieren kann. Dahinter ging es um Machtasymmetrie trotz formaler Gleichstellung. Ich habe mit den beiden dann viel mit Rollentausch gearbeitet, da hat sich einiges aufgelöst, sie konnten den Standpunkt und die Perspektive der anderen besser nachvollziehen. Ich habe die beiden Beraterinnen aufgefordert, in der anderen Person nicht nur den fremden, sondern auch den bei ihnen fehlenden Anteil zu suchen. Sie sind fündig geworden: Mit der Definition der fehlenden Anteile, die gleichzeitig meist als Stärke der anderen Person zu verstehen sind, war es möglich, ihre Rollen und Aufgaben als Trainerinnen und ihre Beziehung zueinander neu zu gestalten.

Kompetenzen für interkulturelle Teams

Strukturelle Diskriminierung ist immer vorhanden. Es ist notwendig, mit dieser Tatsache bewusst zu arbeiten. Man kann nicht so tun, als gäbe es eine wirkliche Gleichstellung.

Diese Fiktion nicht anzusprechen und die beteiligten Personen als gleichgestellt zu betrachten, verstärkt und legitimiert die Ungleichheit.

Die Haltung als SupervisorIn wäre nicht Neutralität, sondern die Allparteilichkeit. Die Schwächeren müssen gestärkt werden, um eine wirkliche Auseinandersetzung überhaupt zu ermöglichen. Ungleichheit ist immer vorhanden, aber Interkulturalität ist ein wichtiger zusätzlicher Faktor, der das System der Ungleichheiten oft verstärkt.

Ich finde es wichtig, systembezogen zu arbeiten: versuchen, die Spielregeln zu bearbeiten, aus der Ohnmacht wegzukommen, die Realitäten ins Auge zu fassen.

In interkulturellen Teams ist es wichtig, die eigenen **Minderheitenerfahrungen** bewusst zu machen und sie aufzuarbeiten. Daraus entsteht eine Art von Sensibilität, die auf vielfältige Weise bereichernd ist. Es ist wichtig zu betonen, dass in den interkulturellen Teams oft Mehrfachdiskriminierungen vorhanden sind, die weitere, starke Ungleichheiten im Team generieren. Es ist z.B. eine elementare Erfahrung, eine andere Hauptfarbe zu haben oder sich nicht artikulieren zu können, d.h. an der Kommunikation mit erheblicher Benachteiligung teilzunehmen. Die Bewältigung dieser Erfahrungen (die die Migration meist mit sich bringt), ist sehr lehrreich.

Wichtige Kompetenz ist dabei die **Empowermentsarbeit**. Gerade bei Diskriminierungserfahrungen ist es elementar, darauf zu schauen, welche Möglichkeiten die betroffenen Personen an eigenen Ressourcen haben. Erfahrungen, Kraft, Power – all das herauszuarbeiten und zu stärken. In diesem Empowermentsprozess sind die SupervisorInnen, die selbst MigrantInnen sind bzw. Erfahrungen mit struktureller Diskriminierung haben, wichtige Symbolfiguren.

Kompetenzen der SupervisorInnen, die über Selbsterfahrungen in struktureller Diskriminierung verfügen. Der Anspruch, mit SupervisorInnen, BeraterInnen mit Selbsterfahrungen in struktureller Diskriminierung

zusammenarbeiten zu wollen, gehört zu den positiven Entwicklungen des Empowerments seitens der strukturell diskriminierten Gruppen. Meine Erfahrungen zeigen jedoch auch, dass in diesem Bereich ähnliche Prozesse laufen, wie bei den am Anfang erwähnten Einstellungsgesprächen. Die Forderung nach einer/m SupervisorIn mit migrantischem Hintergrund kann genau so oft nur eine ‚Masche‘ sein.

Ich persönlich halte es für sehr wichtig, dass Organisationen und Arbeitsgruppen, Projekte und Netzwerke, die im Themenbereich der strukturellen Diskriminierung arbeiten, sich in ihren Reflexionen und Auseinandersetzungen sowie in ihren Arbeitsprozessen und Zukunftsvisionen von einer/m SupervisorIn, BeraterIn begleiten lassen, die/der über Selbsterfahrungen in diesem Kontext verfügt. Den Unterschied selbst zu (er)leben ist bereichernd.

Mit diesem Artikel möchte ich eine Diskussion und den Erfahrungsaustausch über ein Thema initiieren, das in den sozialen Berufen seit einiger Zeit stark, aber ‚unterirdisch‘ geführt wird.

Ich halte es für wichtig, unsere Positionen zu den in diesem Artikel angesprochenen Themen herauszuarbeiten und dadurch diese Bereiche für die Empowermentarbeit zu öffnen.

der gemeinsamen Handlungs-, Entscheidungs- und Interventionskompetenzen der gesellschaftlich systematisch diskriminierten Gruppen ... vorangetrieben.“ Aus: Kulturarbeit und politischer Antirassismus. Die Position der IG Kultur Österreich. Manuskript.

⁵Power Shuffle-Übung. Ist eine in antidiskriminatorischen Ausbildungen oft verwendete Übung, deren Ziel es ist, die TeilnehmerInnen auf ihre eigene Position in der Asymmetrie der strukturellen Diskriminierung zu sensibilisieren.

⁶Siehe: Ildikó Naetar-Bakcsi: Strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen am Arbeitsplatz. Grundrisse 10/2004.

⁷Wenn ich den Begriff MigrantIn verwende, verstehe ich darunter auch andere RepräsentantInnen von strukturell diskriminierten Gruppen: Menschen, die wegen Rassismus, Sexismus, Homophobie, Religion, Kultur, Behinderung und Alter diskriminiert werden.

⁸ Migrationserfahrung erstreckt sich auch auf die nächsten Generationen. Das ist häufig ein „blinder Fleck“ in der so genannten zweiten Generation – wie geht es einer/m damit, als Migrant oder Migrantin wahrgenommen zu werden. Die Definition, die wir verwenden, schließt diejenigen Personen ein, die selbst migriert sind und auch diejenigen, bei denen zumindest ein Elternteil nicht in der Aufnahmegesellschaft geboren ist.

Ildikó Naetar-Bakcsi, Sozialwissenschaftlerin, graduierte Supervisorin ÖAGG ÖSV

¹ Barbara Wilson: Pornokongress. S. 53

² Es gibt zahlreiche Definitionen von Supervision und von der Rolle der Supervision in unserer Gesellschaft. Ich zitiere hier zwei, weil diese Definitionen meiner Auffassung am nächsten stehen:
„Supervision ist ein auf das Arbeits- und Berufsleben zugeschnittener professioneller Beratungsansatz, der sich an Berufsleute in unterschiedlichen Arbeitsfeldern und unterschiedlichen Funktionen richtet. Sie bietet qualifizierte Unterstützung an bei der Bewältigung beruflicher Aufgaben und der Reflexion beruflichen Handelns.“ (Berufsverband für Supervision und Organisationsentwicklung, Schweiz. www.sinnwerkstatt.ch/DA_Webseite/definition.htm)
„Supervision ist eine Beratungsform, welche die Qualität beruflicher Arbeit sichern und verbessern soll. Eine aktuelle Definition der Supervision lautet wie folgt: ‚Supervision ist Interaktion, deren Akteure die Rollen ‚Supervisor‘, ‚Supervisand‘ und ‚Auftraggeber‘ spielen. Die Akteure legen in einem Kontrakt die Spielregeln ihrer Zusammenarbeit fest...“ (Aus Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/w/index.php?title=Supervision&>)

³ Dieser Text ist aufgrund eines Interviews entstanden, das Marion Kremla mit mir geführt hat. Sie hat mit ihren Fragen bei mir einen Reflexionsprozess angeregt, dessen „Früchte“ ich in diesem Artikel zum Weiterdenken und zum Reflektieren veröffentliche. Ich bedanke mich bei Marion Kremla für ihre hilfreichen Anregungen.

⁴ Empowerment: „Im Rahmen dieses Prozesses wird die ... Stärkung

Hinwendungen statt Überwindung.

Migrantinnen – kein Spielball postmoderner Theorien

Ein Faktum, das es festzubalten gilt: die ersten Fremden, die zu Beginn unserer Kultur in Erscheinung treten, sind Frauen – die Danaiden. (Julia Kristeva)

Die Differenz existiert. Wie könnte man sie leugnen oder verleugnen? Das Problem liegt darin, dass die Differenz immer als Mittel zur Unterordnung und Unterdrückung gedient hat. (Luce Irigaray)

Die Gegenwart anderer, die sehen, was wir sehen, und hören, was wir hören, versichert uns der Realität der Welt und unserer selbst. (Hannah Arendt)

Verblendungen bzw. die Partikularität der Selbst- und Fremdwahrnehmung gibt es überall – im Zentrum wie in der Peripherie, mit dem Unterschied, das erstere die Herrschaft ist und den Wohlstand hat. (Wenngleich diese Verortung nicht mehr so eindeutig ist, da der Riss durch die Individuen selbst gehen kann.) Die westliche weiße männliche wohlhabende Dominanzkultur – die viele Frauen adaptiert haben – zeichnet sich durch die Definitionsmacht über Zugehörigkeit, Abhängigkeit und Subordination aus. Welchen Wert, welche Wertschätzung welche und warum (nicht) haben, zu- oder abgesprochen bekommen, ist eine Frage, die immer schon beantwortet scheint. In diesem System leben wir dennoch alle, ob es jetzt psychoanalytisch, strukturell oder politisch betrachtet wird, denn die Dialektik von Ein- und Ausschlüssen ist eine unauflösbare, auf welche Seite hin ‚das Mensch‘ auch immer geboren worden ist. Sämtlichen alltagsrassistischen, sämtlichen realpolitischen, sämtlichen postmodernen und postkolonialistischen sowie alternativ-subkulturellen Beweg- und Bewegungsgründen ist eines gemeinsam: der Anspruch auf die Integrität der eigenen Wahrnehmung und auf die Verallgemeinerbarkeit der subjektiven (also partikulären) Normen (also der Anspruch auf Hegemonie). ‚Falsch‘ daran ist, dass es so ist. Ethisch richtig – zur

Seite der Kritik und des Widerstands hin – ist die Aufmerksamkeit auf Ungerechtigkeiten der Verteilung von dem, was vom Leben so zu erwarten sein könnte.

Zwiefach Fremde

Das alles sollte in Prozessen, die mit Fragen und Antworten zu minderheitsdenotierten Kontexten zu tun haben, zu Bewusstsein kommen; und, wenn es sich um Migrantinnen handelt, ist die feministische Option und – bzw. auf – die Geschlechterperspektive nicht zu unterschlagen. Die ‚Depositionierung‘ von MigrantInnen besteht ja nicht nur aus ‚race‘ bzw. Herkunftssagen – auch wenn das die offenkundigste Obstruktion darstellt –, sondern auch ‚sex‘ als Identitätsdeterminante ist in jedem Handlungsraum und Vermittlungskontext wesentlich mitzudenken. ‚Class‘ ist in bestimmter Konnotation so evident, dass sie hier nicht extrapoliert wird, denn egal, welche eine vorher war oder was sie getan hat, sie ist erstmal ‚down under‘ (die exjugoslawische Professorin als Putzfrau). ‚Migration als positive Lebensform ist heute das Privileg von internationalen Managern, Künstlern, Diplomaten, Wissenschaftlern und Ingenieuren. Diese privilegierten Gruppen rechnet man gewöhnlich gerade nicht zu den MigrantInnen.‘ (Akashe-Böhme, 2000, 19)

Die Vergegenwärtigung der Situation von Frauen in der Migration ist nicht nur ‚wegen der Feminisierung als eines Grundzuges der gegenwärtigen Migration notwendig, sondern weil sich in der Existenz von Frauen das Fremdsein gewissermaßen potenziert. Migrantinnen leben nicht nur unter der Bedingung einer ihnen fremden, sondern auch unter Bedingungen einer vom Patriarchat geprägten Kultur, die für Frauen im öffentlichen Leben ... zunächst keinen Platz vorgesehen hatte.‘ (Akashe-Böhme, 2000, 20)

Stimme-los?

Die hingegen ‚beliebteste‘ respektive gängigste Platzierung für Migrantinnen ist die der Viktimisierung und Exotisierung. Doch sind Migrantinnen (und Migranten, nur sind diese anders ‚betroffen‘) weder als zu bevormundende Mängelwesen noch als Projektionsfläche für hybride Subjektivitäten ‚anzuerkennen‘. Diese Besonderung der Fremdheit obliegt zum einen einem negativistischen und zum anderen einem positivistischen Diskriminierungsmechanismus und ist jedes Mal aus der Perspektive der Mehrheitsangehörigen gesprochen und geschrieben. Aus den projektiven und faktischen Verschiedenheiten lassen sich Unterdrückung und Ausschlüsse ebenso ableiten wie die Stilisierung zu Hypersubjekten mit Heiligenstatus. Letzteres ist dort empirisch der Fall, wenn männliche österreichische Intelligenzler ganz verwundert sind, dass Migrantinnen ganz alltägliche Bedürfnisse haben und nicht a priori politisierte Wunderwuzzis sind. Und vielleicht noch nie in ihrem Leben das Recht und die Möglichkeit auf Lektüren politischer Theorien hatten.¹ Diese Hyperventilierung ästhetisiert – oder verdrängt – deren tatsächlichen rechtslosen oder -beschränkten Status: ‚...sie sind Fremdkörper im Verhältnis zur Rechtsordnung – wie im Verhältnis zur politischen Ordnung und zum Gesamt der Institutionen der Gesellschaft, in der sie leben. Es ist dieser Beobachtung hinzuzufügen, dass der Status des Fremden eine Verneinung des ‚subjektiven Rechts‘ impliziert: um das Territorium des Gastlandes zu betreten, um sich dort niederzulassen, zu arbeiten, manchmal sogar, um sich dort zu äußern ...muss der Fremde von den zuständigen Autoritäten eine Berechtigung erbitten. ...Man sollte auch ...festhalten, dass die Fremden von den ‚symbolischen Wirkungen des Rechts‘ ausgeschlossen sind. ...Sie nehmen an dem Gesetzgebungsprozess nicht teil, der zur Annahme der Gesetze führt. Außerdem wird die rechtliche Existenz ...durch die weniger würdevolle Form der Anordnung (geregelt): die Verfügungen der Exekutive treten an die Stelle der parlamentarischen Gesetzgebung. ... (das) führt dazu, aus dem Recht der Fremden ein ‚Abschlagsrecht‘ zu machen.‘ (Kristeva, 1990, 110f)

Dominante Ordnung

Bis auf die Territorial- und Exekutivproblematik (in ihrer offensichtlichen Form jedenfalls), lässt sich das Wort ‚Fremde‘ in einer feministischen Reoperspektive durch das Wort ‚Frauen‘ ersetzen, die ebenso als ‚Fremde im eigenen Land‘ keine (bis auf Ausnahmen) Anerkennung und wenig Zugang zum öffentlichen und damit politischen Raum haben. Frauen in allen sog. Hochkulturen waren/sind aus der ‚symbolischen Ordnung‘² ausgeschlossen (bei gleichzeitigem Einschluss ins Private, Nichtöffentliche); sie sind – in der klassischen Geschlechtermetaphysik – reproduktiver Teil des männlich dominierten Systems, aber avant la lettre ohne Teilhabe; und die Teilnahme – auch heute noch – beschränkt sich mehr aufs Mitgefühl, denn auf Mitsprache.

Unter dem Aspekt von feministischen Theorien zur Geschlechterdifferenz wird ein/e jede/r in der ‚phallogozentristischen symbolischen Ordnung‘ subjektiviert (‚Subjekt‘ heißt wörtlich eigentlich das Unterlegene, Unterworfenen). Das bedeutet, dass Männer im Dominanzsystem des Männerbundes, das sie stützt und schützt, evidenterweise mehr ‚zu Hause‘ sind, wobei auch systeminfizierte Frauen da mitgemeint sein können. (Das klingt pejorativ, ist aber diagnostisch zu verstehen.) ‚Diese sittliche Totalität entspricht einem Volk von Männern und stützt sich auf ein von Männern erlassenes und geregeltes Gesetz.‘ (Irigaray, 1989, 213) Frauen sind in diesem Sinn ihrer eigenen Kultur fremd, tragen aber den Großteil der unsichtbaren und unbezahlten Infrastruktur. Das (männliche) Subjekt entsteht sozusagen in einem Akt, der seinen eigenen Kausalzusammenhang (angefangen von der Mutter über die Ehefrau bis hin zur Sekretärin usw.) unsichtbar macht: die Erlösung des Mannes durch das ‚freiwillige‘ Selbstopfer der Frau. ‚Wir sehen, dass in dieser Situation die Mitglieder der nicht-dominanten Gruppe quasi in die Rolle der Fremden gedrängt werden. Die ist die Situation der Frauen in einer patriarchal geprägten Welt. ...Die Frauen erfahren den öffentlichen Raum als fremd, weil er für sie vorher nicht offen war und sie darin neu sind; sie bewegen sich also hier wie die Fremden im allgemeinen: unsicher und eingeschüchtert. Sie werden nicht ernst genommen: Was sie sagen, gilt nicht als relevant, wie sie es sagen, wird kri-

tisiert. Sie empfinden die herrschenden Strukturen, den Stil befremdend, sie assimilieren sich an maskuline Kommunikationsregeln oder werden ausgegrenzt. Eigene, neue Akzente und Maßstäbe setzen zu wollen, stößt auf Unverständnis und wird lächerlich gemacht.' (Akashe-Böhme, 2000, 32) Migrantinnen sind dieser Erfahrung also doppelt ausgesetzt, weswegen sie sie meistens erst gar nicht machen. (Abgesehen davon, dass es weitere kulturelle Selbstverständnisse gibt, die den Schutz der Frauen v o r der Öffentlichkeit (glauben) gewähren (zu müssen).)

Depolitische Lebenslagen

Wie es auch gedreht und gewendet wird, die Mehrzahl der Migrantinnen – außer sie kommen aus der Bildungselite u n d sind bereits politisch interessiert und aktiv – ist kaum in einer so benannten emanzipatorischen Ecke ‚beheimatet‘. Meist ist es so, dass ums nackte Überleben gekämpft werden muss, um Anpassung an die hier herrschenden Normalitäten gerungen wird und viele (als jede Einzelne) dies dann als gelungen empfinden, wenn es persönlich mit der Familie ‚hinhaut‘ und die Konsumfähigkeit halbwegs gelungen ist. Mit einem Wort: Es geht um Konservativität – zumindest aus unserer eloquentistischen Perspektive –, wo sich ein traditionelles (und ausbeutbares) Frauenbild anywhere die Hand reicht. (Man denke nur an den Heiratsmarkt mit den ach so handlichen ‚Thailänderinnen‘. Die krudeste Form davon ist der Frauenhandel mit preisgünstigen Sexarbeiterinnen.)

Die klassische geschlechtsmetaphysische Reihung – von hier ‚Subjekt/ Mann/Besitz haben/Kultur/Produktion‘ und dort ‚Objekt/Frau/Besitz sein/Natur/Reproduktion‘ – spielt da immer noch fröhliche Urstände, auch nach 35 Jahren Frauenbewegung. Während jedoch bei uns der Individualismus als Freiheit (und im Neoliberalismus bald als Genötigkeit) jeder Einzelnen hoch im Kurs der emanzipativen Identitäts-Angebote steht, ist dies in anderen Herkunftsgemeinschaften nicht selbstverständlich, da dort eher familiäre oder geschlechtssegregierte Verbindlichkeiten und Verbindungen ein ‚Ich‘ ausmachen. So gerinnen dann – auch unter dem Aspekt der westlichen Weise, die Hausfrau und Mutter gesellschaftlich zu isolieren – die Lebenslagen von Migrantinnen zur Eiskammer. ‚Die Frauen werden in der Fremde krank,

weil sie isoliert sind, weil sie abgelehnt werden, weil sie die Diskriminierungen, die Fremdenfeindlichkeit bis auf die Knochen fühlen. Die Migration bzw. ein Leben im Exil verändert die Lebensbedingungen der Frauen grundlegend. Durch den Wegfall der im Heimatland vorhandenen Frauengemeinschaften, durch die soziale Isolierung, eine fremde Sprache und Umgebung und die oftmals vorhandene Entfremdung von den sich schneller anpassenden Kindern werden die eigenen vier Wände zu einem Gefängnis, in dem das besondere Festklammern an traditionelle Werte oft zum letzten Halt, aber auch zur besonderen Fessel werden. Viele erfahren nun Einschränkungen, die sie bisher nicht kannten. Sie müssen sich mühsam, ohne den vertrauten Kontakt zu anderen Frauen, eine fremde Umwelt aneignen. Erst jetzt werden sie wirklich abhängig vom Ehemann, der ihnen nicht erlaubt und zutraut, sich in der neuen Umgebung alleine zu bewegen... Sein Leben außer Haus spielt sich weiterhin in Männergruppen ab. Seine Frau erlebt Vereinzelung und Einsamkeit.' (Akashe-Böhme, 2000, 66)

Wie verstehen?

Frauenbewusste Aktivitäten können als vermittelte soziale Beziehungen die solcherart Erfrorenen wieder auftauen und Frauengemeinschaften (seien sie nun politisch ambitioniert oder nicht) durch geforderte Kollektivität fördern; das impliziert einen Empowermentbegriff, der über die einzelne ‚gepowerte‘ Frau hinausgeht bzw. die Dialektik zwischen Einzelnen und Gemeinschaft oder Selbstbewusstsein und Solidarität versteht und vermittelt. Die immer vorgelagerte Problematik ist die des Verstehens. Selbst die selbstreflektiertesten Personen kommen da an Grenzen.³ Auch die europäische Vorstellung von Frauenbefreiung ist nur eine unter vielen dieser Möglichkeiten; ebenso wenig wie es **d i e** universalisierbare Frau gibt, sondern Millionen Frauen, kann von d e n Migrantinnen gesprochen werden. Und schließlich ist das Wissen um die eigene blackbox unabdingbar. Jede Kulturation, die wir von Kind an unausgesprochen lernen, ist eine unbewusste Selbstverständlichkeit von Verhaltensregeln, deren Konventionalität oft erst dann auffällt, wenn es kulturelle Diskrepanzen gibt: Welche Normen spielen bei meinen Wahrnehmungen, Interpretationen, Wertun-

gen eine Rolle? Wie komme ich mir selbst auf die Spur, um von den anderen etwas zu spüren? Das ist ein generell buchstäblich tief liegendes Problem.⁴ Weiß ich um das Phänomen identifikatorischer Fehlinterpretation und trügerischer Anpassung? ,Viele Verhaltensweisen des Fremden oder der Fremden erscheinen dem anderen nicht auffällig bzw. viele Verhaltensweisen der Einheimischen sind den Fremden nicht auffällig, weil sie sich in das eigene Verhaltensschema durchaus einfügen. Erst nachträglich, aufgrund irgendwelcher Konsequenzen, bemerkt man dann, dass sie ganz andere Bedeutung haben, als man ihnen aufgrund der mitgebrachten Interpretationsmuster gegeben hat.' (Akashe-Böhme, 2000, 30)

Ebenso kann eine der Antinorm (also auch Norm) verpflichtete Feministin sowie die durchschnittlich eingepasst-emanzipierte Frau, samt deren Bildern vom richtigen Frauenleben, sich von Vor/Urteilen nicht entschlagen: Oft genug wird die entweder betonte Weiblichkeit der einen oder die verhüllte Weiblichkeit der anderen Migrantin zum un/gesagten Stein des Anstoßes. Möglicherweise hat die (post)moderne Frau ein entfremdetes Verhältnis zu sich selbst entwickelt, das weder Stolz noch Scham zu erstrebenswerten Kategorien zählt. Die Wertigkeit der Aneignung der – und der Anerkennung durch – die männlichen Lebensmusterungen könnte dazu verleitet haben, uns männlich zu identifizieren, also die Differenz zu verleugnen; was wiederum zu verqueren, da nur an scheinbarer Selbstständigkeit verglichenen Interpretationen führt.

Schiefe Optionen

Gender und sein Mainstreaming und dessen landauf landab schallende Anrufung ist eine beredete Manifestation davon. ,Gender – ein Passe-partout, das Zugang gewährt zu den Slums der Weltmetropolen ebenso wie zu den obersten Etagen der UNO, das im Entwicklungsprojekt im südlichen Afrika genauso heimisch ist wie in der Fortbildung bayrischer Grundschullehrerinnen. Über gender lässt sich reden. ...Während gender ursprünglich für den Versuch stand, die Geschlechter in ihrem Verhältnis zueinander, und das hieß auch, in einem Machtverhältnis, zu thematisieren, hat sich inzwischen eine Perspektive durchgesetzt, die Mechanismen der Exklusion, Nichtanerkennung und Unterdrückung

zwischen den Geschlechtern auf eine Frage von 'Geschlechtsidentitäten' reduziert. (Bei gleichzeitiger Ablehnung von 'Identitätspolitik'; B.K.) ...Aus Angst vor Vereinnahmung durch ein 'Wir Frauen' werden strukturelle Gemeinsamkeiten von Unterdrückungserfahrungen gänzlich negiert... An die Stelle politischer Aushandlungsprozesse, bspw. um die Verteilung der Ressourcen Zeit und Geld, setzt gender ...individuelle Handlungsoptionen, die häufig gar nicht existieren. ...Nach der Befreiung von 'gender roles', unter die vom Geschirrspülen bis hin zur handfesten ökonomischen Restriktion nun fast alles zählt, kann sich jede ein allfälliges Scheitern nur noch selber zurechnen. Auf politischer Ebene besticht das Konzept von gender denn auch dadurch, dass es als Instrument einer Geschlechter-Appasementpolitik Konfliktfelder auszublenden vermag, indem es sie kurzerhand zu Verfahrensfragen undefiniert. Prominentes Beispiel hierfür ist das seit Mitte der 1990er Jahre von der Europäischen Union auf die politische Agenda gesetzte Gender Mainstreaming. Ursprünglich ein im Bereich der Entwicklungspolitik von feministischen Nicht-Regierungsorganisationen eingesetztes Lobby-Instrument, mit dem geschlechtsspezifische Auswirkungen makroökonomischer Zielvorgaben – bspw. Strukturanpassungsmaßnahmen des IWF – zum Thema gemacht werden sollten, wurde (es) im Zuge seiner Implementierung in die EU genau dieses strukturpolitischen Sinns beraubt. ...Ob die in der Folge entwickelten Förderprogramme Hausfrauen unterstützen, die weibliche Erwerbsquote erhöhen oder das reibungslose Funktionieren des Arbeitsmarktes gewährleisten sollen, ist kaum auszumachen. Alles zugleich, lautet die Antwort von offizieller Seite, denn (GM) stehe für eine 'Win-Win-Situation'. ...Dies verweist auf das grundsätzliche Problem, das ungeklärt ist, welche Interessen in diesem 'Geschlechter-Interessens-Check' überhaupt zu prüfen sind. So wird man in einem Evaluationsverfahren unschwer feststellen, dass Frauen tatsächlich flexiblere Arbeitszeiten bevorzugen, Vollzeitbeschäftigung nach Möglichkeit meiden und längere Ladenöffnungszeiten am Abend begrüßen würden. ...Anstatt zu fragen, um welche Bedürfnisse es sich da handelt, ob Frauen solche 'Bedürfnisse' vielleicht nur deshalb haben, weil an ihnen noch soviel anderes hängt, sollen sie nun im Namen ihrer Förderung immer mehr, ja die divergierendsten Anforderungen auf sich vereinen. Immerhin sollte ihr

gender jetzt genügend flexibel sein.’ (Soiland, 2004, 97ff)

Umsichten

Eine politisch-feministische Zugangsweise hingegen – die Unterschiede aller Un/Arten weder nivelliert, amalgamiert, subsumiert, individualistisch kontextualisiert und auf identitäre Attribute reduziert, noch rhetorisch ausradiert – wird um zwei Widerspruchsachsen nicht herumkommen: diejenige zwischen den Geschlechtern (als strukturelles Herrschaftsverhältnis) und diejenige zwischen Frauen (als Machtbeziehung, da selten in hierarchischen Positionen).

Der ersten gehört der Widerstand, wobei auch Opposition sich selbst gegenüber skeptisch bleiben muss, bezieht sich doch diese immer auf die Position und macht sich also abhängig von dieser. ‚Mainstreaming‘ ist ebenso nicht ‚frei‘, auch wenn dies suggeriert wird, und wirkt insofern so ‚seriös‘ weil es den mainstream als male-stream eben nicht ver/zer/stört. Anders verhält es sich mit der Denkfigur der ‚mimetischen Weiblichkeit‘, die nur scheinbar nicht stört und im ‚als ob‘ derer Wege geht und dennoch ihre Wege denkt: ‚Was schon heißt, eine Subordination umzukehren in eine Affirmation, und von dieser Tatsache aus zu beginnen, jene zu vereiteln. ...Mimesis zu spielen bedeutet also für eine Frau den Versuch, den Ort ihrer Ausbeutung durch den Diskurs wiederzufinden, ohne sich darauf einfach reduzieren zu lassen. Es bedeutet ...sich der Idee von ihr ‚zu unterwerfen‘, so wie sie in/von einer ‚männlichen‘ Logik ausgearbeitet wurden; aber, um durch einen Effekt spielerischer Wiederholung das ‚erscheinen‘ zu lassen, was verborgen bleiben musste: die Verschüttung einer möglichen Operation des Weiblichen in der Sprache.’ (Irigaray, 1979, 78)

Letzteres kann bedeuten, dass Frauen per se nie gänzlich im männlichen Imaginären aufgehen und als Grenzgängerinnen ‚subvertieren‘⁵ zwischen der verordneten Verortetheit und einem ‚un/außer/ordentlichen‘ Nochnichtort.

Zur zweiten Widerspruchsachse gehört äquivalente Achtung und gegenseitige Anerkennung. Hier wäre wiederum Mimesis, aber anders, zu denken, nämlich als Figur des voneinander Lernens. Diese Weise eines ‚Wir‘ geht vom ‚Ihr‘ aus, ohne jedoch die Bruchlinien durch gebetsmühlenartige Wiederholungen zu zementieren;

denn nur dort, wo die Verschiedenen (nicht: die Gleichen) sich um einen Tisch versammeln, entsteht das Politische.

¹ So etwas geschieht. Eine Kollegin erzählte von ihren Erfahrungen mit arroganten Attitüden seitens namentlicher Kultur- und Politiktheoretiker aus der Szene, die künstlerische und textuelle Produktionen von Migratinnen für nicht angemessen und ungenügend erklärten bzw. sich darüber lustig machten. Wer setzt hier den Maßstab für wen? Es ist eine Seite, hochtheoretisch über Anerkennungsprobleme zu philosophieren, und es ist eine andere, dann alltagspraktisch sich nur über Abgrenzung und Besserwisseri sein eigenes Ego zu stabilisieren.

² Diese geschlechteranalytische Perspektive wird hier nicht größer ausgeführt; jedoch zusammengefasst nachzulesen in meinem Beitrag in: C. Mostböck/B. Krondorfer (Hg): Frauen und Ökonomie – oder: Geld essen Kritik auf; Wien 2000, S. 75f

³ Der Philosoph Emmanuel Lévinas, der sich ein Leben lang mit dem Problem des „Anderen“ auseinandergesetzt hat, bedenkt sehr differenziert, dass Verstehen prinzipiell unmöglich ist. Die einzige ethische Haltung ist diejenige der Achtung und der Anerkennung des/der Anderen als Andere/n.

⁴ Es seien die psychoanalytischen Deutungsformen – bspw. Projektion und Übertragung, latent und manifest, Symptom und Effekt – ange-merkt.

⁵ Mein Neologismus zwischen „subversiv“ und „pervertiert“...

Literatur

Farideh Akashe-Böhme: In geteilten Welten. Fremdheitserfahrungen zwischen Migration und Partizipation. Frankfurt/M. 2000

Luce Irigaray: Das Geschlecht das nicht eins ist. Berlin 1979

Luce Irigaray: Genealogie der Geschlechter. Freiburg i.Br. 1989

Julia Kristeva: Fremde sind wir uns selbst. Frankfurt/M. 1990

Tove Soiland: Gender. in: Glossar der Gegenwart. Frankfurt/M. 2004

Birge Krondorfer, Frauenbetz

Über Selbstorganisationen und ihren Einfluss auf die Gesellschaft

Migrantische Selbstorganisation (SOM) kann an sich als Ausdruck von Widerstand verstanden werden. Allein die Tatsache, dass sich MigrantInnen organisieren, bedeutet Bewusstsein über die eigene Identität, aber auch das Bekenntnis zur Identität. Eine Identität, die ihre eigenen Formen braucht, um sich in einer Mehrheitsgesellschaft artikulieren zu können.

Die Formen der Organisierung schließlich sind verschieden. Sie entwickeln sich über die vorhandenen sozialen Strukturen. Diese unterliegen zwar den Bedingungen des Exils, was aber nicht bedeuten muss, dass auch die Formen der Organisierung diesen Bedingungen völlig unterworfen sind. MigrantInnen finden Wege, um auf ihren eigenen, in der Heimat gepflegten Wegen Kommunikationsstrukturen untereinander aufzubauen und aufrechtzuerhalten.

Diese Strukturen bleiben informell, solange sie sich nicht mit bestimmten Botschaften an die Öffentlichkeit wenden.

SOMs entwickeln sich in vielen Fällen aus bereits bestehenden sozialen, nichtformalen Strukturen. Der Schritt nach außen ist dabei ein wirklicher Sprung ins kalte Wasser.

Dieser Sprung erfordert Mut. Eine Minderheit ergreift das Wort, erhebt die Stimme, will etwas sagen, hat etwas zu sagen.

Die erste Botschaft ist: ‚Wir wollen gehört werden.‘

Die zweite: ‚Wir wollen kommunizieren.‘

Es gibt unterschiedliche Motive für Selbstorganisationen, sich an die Öffentlichkeit der Mehrheitsgesellschaft zu wenden.

Wenn sich MigrantInnen verschiedener Herkunft in einem Flüchtlingsheim am Land zusammensetzen, um zu überlegen, wie sie untragbare Zustände verändern können und dann eine gemeinsame Aktion starten mit dem Ziel, ihr Anliegen durchzusetzen, ist das ein politischer Akt. MigrantInnen organisieren sich selbst, um ihre Lage zu verändern. Sie tun das, obwohl sie wissen, dass es für sie gefährlich ist. Sie können ihren –

vielleicht unter Lebensgefahr eroberten – Aufenthalt verlieren. Sie riskieren viel und viele haben Angst. Die Gemeinsamkeit, die sich aus dem Bedürfnis nach Veränderung ergibt, wird zur Quelle der Kraft. Es wird allen klar, dass sie der Zusammenhalt schützt und so handlungsfähig macht.

Eine Selbstorganisation ist geboren.

MigrantInnen organisieren sich GEGEN und FÜR. Sie wollen Situationen verändern, die für sie das Leben unerträglich machen. Rassismus macht das Leben unerträglich. Er ist ein ständiger Begleiter der MigrantInnen, wenn sie nach draußen gehen. Die Diskriminierung lauert überall. Der Mensch fühlt sich bedroht und er ist bedroht.

Die Selbstorganisation bietet Zuflucht. Dort kann man sich endlich entspannen, lachen, weinen. Eben so sein, wie man ist. Nicht auf der Hut sein zu müssen, bedeutet schon Freiheit: Ein kleiner Flecken Heimat im Exil.

Wenn sich MigrantInnen gegen Rassismus organisieren, trägt das die Botschaft an die Mehrheitsgesellschaft in sich:

‚Unsere Situation ist unerträglich. Wir sind GEGEN euren Rassismus, eure Ausgrenzung. Wir können nicht dafür sein, denn es macht uns kaputt. Daher organisieren wir uns. Wir organisieren uns FÜR eine Veränderung.‘

Solidarität entsteht dort, wo Menschen bemerken, dass ihnen – und der Gesellschaft, in der sie leben – ein Spiegel vorgehalten wird. Die Realität bekommt ein neues Gesicht. Das Fremdengesetz ist mehr als ein Papier. Es wird zum Schubhäftling im Hungerstreik, zur schwangenen tschetschenischen Frau, die in ein Lager nach Polen abgeschoben werden soll, zu erfrorenen Menschenkörpern im Containerlastwagen...

Die Opfer werden lebendig. Sie bekommen Namen: Seibane Wague, Marcus Omofuma, Ahmed Sharif Hussein, Yankuba Ceesay, Samira Adamu, der kleine Hamid und, und, und.



Selbstorganisationen schaffen Öffentlichkeit. Sie wecken auf, sie rütteln wach, sie zeigen auf, wie die Wahrheit hinter Worten aussieht. Sie sind Zeugen unserer unmittelbaren Gegenwart. Allein ihre Existenz macht betroffen. Jetzt weiß man, was zuvor verschwiegen wurde.

Man weiß, dass die Situation im Flüchtlingsheim unerträglich ist, man weiß, dass Menschen abgeschoben werden und dabei sterben, man weiß...

Wissen bedeutet Möglichkeit zur Veränderung. Wissen und Betroffenheit schaffen Solidarität.

Die Aktivitäten von SOMs können Erdbeben im Bewusstsein der Mehrheitsgesellschaft verursachen. Manche springen von ihren Stühlen auf und gehen mit. Sie organisieren Demonstrationen, starten Projekte, engagieren sich in antirassistischen Zusammenhängen.

Die Selbstorganisation von MigrantInnen wird zu einer Kraft, die gesellschaftliche Veränderung auslöst.

Intellektuelle reagieren auf ihre Art. Als eine Art

Mittlerinstanz zwischen der Straße und den hohen Rängen der Politik sind sie BeobachterInnen, analysieren, ziehen Schlüsse und machen Vorschläge – je nach Standpunkt. Ihre Darstellungen können zur Grundlage für Ideologien, Diskussionen und Entschlüsse von PolitikerInnen werden. Auch Medienleute bedienen sich wissenschaftlicher Literatur. Der Meinungsmainstream wird von ihnen maßgeblich mitbestimmt.

Je nachdrücklicher die Selbstorganisationen ihre Ziele verfolgen, desto eher werden sie gehört. Je mehr Selbstorganisationen Bündnisse untereinander schließen, desto kräftiger wird ihre Stimme. Gelingt es schließlich, die Bündnisse so weit zu bringen, dass sich viele Organisationen, Gruppen, Projekte darin versammeln, solche mit denen man grundlegende Forderungen teilt, dann ist die Möglichkeit zur Durchsetzung gegeben. Eine politische Kraft ist entstanden, die nicht mehr ignoriert werden kann. Viele öffentliche Maßnahmen zugunsten von MigrantInnen sind auf diese Art zustande gekommen.

Natürlich ist es viel Arbeit, kontinuierliche Arbeit, die bis dahin geleistet wird. Viele Herausforderungen und Zerreißproben pflastern den Weg. Bündnisse und Allianzen helfen dabei, sich auf ein nicht so schnell greifbares Ziel einzustellen und sind auch Träger des Bewusstseins für gegenseitige Verantwortung. Daher ist es gut, wenn das Herstellen von Allianzen und Bündnissen in der Arbeit der SOMs von Anfang an einen wichtigen Stellenwert einnimmt.

Selbstorganisationen sind mögliche politische Instrumente zur Durchsetzung von antirassistischen Forderungen. Das weiß inzwischen auch die EU. Sie unterstützt antirassistische Projekte, weil man die Bedeutung der Selbstorganisationen von MigrantInnen erkannt hat. Solidarische Allianzen sind unerlässliche Bausteine auf diesem Weg.

Sicher kommt es darauf an, was wir daraus machen.

Interkulturelle Frauenverein Dschanuub, Graz



New Governance mit dem Asyldiskurs in der Türkei.

Zur Rolle des Menschenrechtsdispositivs im neuen EU-Migrationsmanagement

Die Bilder vom Ansturm hunderter afrikanischer MigrantInnen auf die Hochsicherheitszäune der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla sind kaum verblasst und schon wieder hat sich die Migration ihren Weg in die internationalen Medien gebahnt – diesmal mit dem bekannten Bild überfüllter kleiner Holzboote, die täglich an den Küsten der kanarischen Inseln anlanden. Nachdem die Kontrollen der Straße von Gibraltar verstärkt wurden, ist die afrikanische Migration auf immer entlegeneren Küstenstrecken und damit weitere Wege angewiesen. Und wieder wiederholt sich der Mix aus humanitärer Bestürzung ob der menschlichen Tragödien, die jedoch übertönt wird von Schreckensszenarien und darauf folgendem Aktionismus der EU-MinisterInnen. Und wie im Falle der Ereignisse um Ceuta und Melilla vor einem Jahr und wie im Falle tausender MigrantInnen vor zwei Jahren, die es von Libyen über die Ägäis nach Europa versuchten, wird die menschliche Dramatik, die in den Versuchen aufscheint, wie auch immer nach Europa zu gelangen, gegen die AkteurInnen gewendet in einem diskursiven Akt, den wir auch aus den neuen Menschenrechtskriegen kennen: Um die menschlichen Katastrophen zu vermeiden, werden gleich die Menschen abgehalten.

Aufrüstung an den Grenzen

Der mit humanitären Argumenten verbrämte Aktionismus – einem Notstandsregime gleich – ermöglicht dabei den europäischen Grenzregime-Strategen in einem Maße Entwicklungen durchzusetzen und Gesetze zu umgehen, wie es ihnen in ‚Friedenszeiten‘ so nicht gelingt. So müssen die Ereignisse nicht nur erhalten, um die Transitländer bis immer weiter hinein in den afrikanischen Kontinent an das EU-europäische Grenzregime anzubinden, ganz egal, wie die Strukturen in den Ländern bestellt sind. Auch sind diese Hysterisierungen immer gut, um neue Milliarden für neue Grenzkontroll-Projekte locker zu machen, wie es jüngst unter dem Eindruck der bislang angelandeten

9.000 MigrantInnen an den kanarischen Küsten der EU-Kommission gelang: Dabei soll im Rahmen eines eine Milliarde Euro teuren Überwachungspakets auch die Umrüstung von Drohnen zur Grenzsicherung finanziert werden. Auch die lange umstrittene EU-Grenzschutz-Agentur Frontex, die letztes Jahr in Warschau ihre Arbeit aufnahm, kann nun ihren Nutzen unter Beweis stellen und die Unterstützung der EU-Mitgliedsstaaten für die spanische Regierung koordinieren. Auf einer gerade in Ungarn stattgefundenen Konferenz zum Thema – der 14. international border control conference, an der über 40 Länder aus Europa, Asien und Afrika teilnahmen – verabredeten bereits acht EU-Staaten sozusagen nebenher beim Tee, eine gemeinsame Patrouille mit fünf Kriegsschiffen und Helikoptern vor die westafrikanische Küste zu schicken. Falls diese gemeinsame Grenzschutztruppe erfolgreich ist, soll sie an andere Brennpunkte der Migration geschickt werden, womit wir durch die Hintertür und am EU-Parlament vorbei, eine halb-gemeinsame Grenzschutztruppe in Aktion hätten, die noch vor drei Jahren abgelehnt wurde.

Alles in allem lassen sich die letzten Monate als neuer Schub einer Militarisierung, Aufrüstung und Exterritorialisierung der EU-europäischen Migrationspolitik verstehen. Die Metapher der Festung Europa, die mittlerweile auch von breiten Kreisen in den Politik- und Sozialwissenschaften zur Beschreibung der EU-Migrationspolitik verwendet wird (vgl. u.a. Andreas/Snyder 2000), drängt sich nachdrücklich auf. Doch neben all den jüngsten Verschärfungs-Meldungen stand noch eine kleine Nachricht auf dem EU-Ticker, die auch mir beinahe entgangen war: In der kleinen Pressemeldung vom 4. November 2005 meinte der neu gekürte Chef der Grenzschutzagentur, dass die Korruption der ärgste Feind der restriktiven Grenzpolitik sei. Zitat: ‚Jeder weiß, wo man für 10\$ im Pass schnell durch die Grenze gelangen kann.‘ Und Herr Ilkka Laitinen muss es ja wissen.

Transit Migration

Gerade derartige Ereignisse wie die von Teneriffa, Ceuta, Melilla wie auch solche kleinen Meldungen führten uns vor drei Jahren im transdisziplinären Forschungs- und Kunstprojekt TRANSIT MIGRATION zusammen, um die Europäisierung der Grenzpolitiken nicht von den Programmen, sondern von der Seite der Autonomie der Migration her zu studieren. TRANSIT MIGRATION war von der Kulturstiftung des Bundes beauftragt worden, die seit 1989 neu entstandene Migrationslandkarte in Europa für die letztes Jahr in Köln eröffnete Ausstellung ‚Projekt Migration‘ ethnographisch-künstlerisch aufzuarbeiten (www.transitmigration.org; Kölnischer Kunstverein 2005). Damals begaben wir uns an die südosteuropäische Peripherie, konkret nach Griechenland, in die Türkei und auf den Balkan, da das zu der Zeit DIE Region war, die es immer wieder in unsere Medien geschafft hatte und auch als ‚Balkanroute‘ ins Fadenkreuz der EU-MigrationspolitikerInnen geraten war.

Dabei konzipierten wir unser Forschungsdesign ausgehend von dem großen Zweifel, ob die Metaphorik der Festung Europa mit ihrer Hervorhebung des repressiven Abschottungsgedankens die europäisierte Migrationspolitik wirklich so zutreffend beschreiben kann. Denn nicht nur empirisch-ethnographisch arbeitende transnationale Migrationsforschungen weisen auf die trotz des Festungsbaus stattfindenden Mobilitäten kreuz und quer durch und nach Europa hin (Vgl. u.a. Karamustafa 2001; Morokvasic/Rudolph 1994). Auch hat uns Michel Foucault vor einer Konzeption politischer Prozesse, von politischen Praktiken und generell vor einer Konzeption von ‚Macht‘ im Sinne der Repressionshypothese gewarnt, die zu statisch sei, um die kapilare, emergente Mikrosoziologie von Macht zu begreifen.

In diesem Sinne begaben wir uns an die südosteuropäische Peripherie, um aus der Perspektive der Bewegungen der Migration den Aufbau des EU-Grenzregimes in der Region praxisorientiert zu untersuchen. Dabei verstanden wir den Aufbau und die konkreten Lokalisierungen des Grenzregimes als konfliktiven Aushandlungsprozess zwischen verschiedenen supranationalen, nationalen, regionalen und lokalen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, wobei die Migration selbst

eine zentrale Kraft darstellt. Zum anderen sind wir der Auffassung, dass erst der politische Prozess jene migrationspolitischen Kategorien und ordnungspolitischen Identitäten erzeugt, in denen uns die MigrantInnen in der Forschung gegenüberreten. Sie werden allerdings nicht nur von dem institutionellen Apparat produziert, sondern die MigrantInnen selbst lassen sie durch ihre reifizierenden Praktiken, durch ihre ständige Performanz wahr werden, wie die Kategorie der Asylsuchenden oder ArbeitsmigrantInnen. In dieser Hinsicht war es für unsere Forschung entscheidend, nicht an den Kategorisierungen anzusetzen, die von der Ausländerpolitik vorgegebenen werden, sondern umgekehrt die Strategien in den Blick zu nehmen, die MigrantInnen im Umgang mit den migrationspolitischen Kategorien entwickeln. Dabei sind die Praktiken der Migration und des Grenzregimes als Wechselwirkungsverhältnis zu konzipieren (zur Konzeptualisierung des europäischen Grenzregimes vgl. Hess/Tsianos 2005).

Luis und die Europäisierung der Migrationspolitik

Zunächst möchte ich Sie in die Türkei entführen, in die belebte Fußgängerzone Istanbuls, wo wir unter den vielen, vielen Menschen, die sich entlang von kleinen Cafés und Geschäften drängeln, Luis treffen wollten. Luis war seit einigen Jahren in der Türkei und erst vor kurzem aus der Haft entlassen worden. Wie hunderttausend anderer TransitmigrantInnen wollte er die Türkei als Brückenkopf nach Westeuropa nutzen und hatte sich auf den Weg an die ägäische Küste gemacht (vgl. Icduygu 2003, 8). Von dort ist es nur ein Katzensprung zu einer griechischen Insel und damit in die EU. Doch Luis ist gar nicht bis an die Küste gekommen. Der Minibus, mit dem er aus Istanbul – dem zentralen Knotenpunkt des Transit-Transportgeschäfts – kam, wurde schon vorher abgefangen und die Gruppe in einer leer stehenden Schule gefangen gesetzt. Mangels einer funktionierenden staatlichen Migrations- und Asylpolitik und entsprechender Einrichtungen nutzten die lokalen Vollzugsorgane in der Türkei auch Hotels oder Fabrikgebäude als temporäre Abschiebe-Haftanstalten. Für die Versorgung mussten die Eingesperrten unter Zuhilfenahme von Familie und FreundInnen selbst aufkommen. Ohne Bestechung der Wachhabenden war das allerdings nicht zu erreichen,

wie uns TransitmigrantInnen immer wieder versicherten. ‚Die totale Willkür‘, dachten wir uns, als wir mit unseren Recherchen zur Implementierung der EU-Migrationspolitik in der Türkei begannen. Mit dieser Einschätzung waren wir nicht alleine. Vielmehr bekamen wir Unterstützung von ungewohnter Seite – von der EU selbst – mit höchst ambivalenten bis negativen Effekten. Die negativen Effekte dieser Art der politischen Intervention und Praxis der EU, die für den neuen Typus des ‚Regierens‘ der Migration in Europa charakteristisch sind, werde ich im Folgenden näher analysieren.

Die Schengener Abkommen und die mit ihnen eingeschlagene Politik der Vorverlagerung der Grenzkontrollen an die neu konzipierte ‚Außengrenze‘ der EU sind wahrscheinlich bekannt (vgl. Leuthardt 1999). Dabei wurden die Verträge erst 1997 mit der Aufnahme in den Amsterdamer Vertrag offizielle EU-Politik. Damit wurden sie jedoch auch Bestandteil der Kopenhagener Kriterien, die die neuen Beitrittsländer zu erfüllen haben. Schengen ist insofern als Meilenstein der Europäisierung der Migrationspolitik zu verstehen. Die Europäisierung bedeutet jedoch nur zu einem Teil die Harmonisierung, sprich Angleichung der nationalstaatlichen Migrationspolitiken im Rahmen der EU, vielmehr ist gerade das ein langsamer, lahmer Prozess. Unter Europäisierung ist jedoch auch ein Wechsel der Akteure zu verstehen und damit einhergehend eine

Transformation im Modus des Politischen. So sind neben der EU-Kommission und den Mitgliedsstaaten eine Reihe informeller Gremien und intergouvermentaler sowie nicht-staatlicher Institutionen zu wichtigen politischen Akteuren geworden. Auf einige davon, wie den UNHCR oder die IOM, die Internationale Organisation für Migration, werde ich im Weiteren zu sprechen kommen. Auf einen dritten großen Player, das ICMPD mit Sitz hier in Wien, kann ich leider nicht näher eingehen.

Unter Europäisierung der Migrationspolitik ist weiterhin auch ihre Ausdehnung und Extension weit über das formale Territorium der EU hinaus zu fassen. Das generiert nicht nur höchst hierarchisierte und divergente Rechtsräume von Bürger- und Mobilitätsrechten. So ist selbst der Rechtsraum des Schengenvisums – ‚Schengenland‘ – nicht identisch mit dem Rechtsraum der EU. Durch die Verkettung von Rückübernahmeabkommen beispielsweise reicht die EU-Politik auch mittlerweile bis nach Asien oder bis weit nach Afrika hinein. In die gleiche Richtung weisen Diskussionen der EU-europäischen InnenministerInnen über die Auslagerung von Aufnahmeeinrichtungen samt Asylverfahrenssystem in die Transitländer der Migration (vgl. Flüchtlingsrat/FFM 2005). Vor diesem Hintergrund ist die Migrationspolitik auch als ein wesentlicher Motor des EU-Erweiterungsprozesses zu sehen.



Die Türkei im Transit

Im Fall der Türkei konnten wir dabei sozusagen in situ den Politikstrategien und -praxen beiwohnen, derer sich die EU bediente, das Land neben der Zollunion weit vor dem Start offizieller Beitrittsverhandlungen auch migrationspolitisch zu integrieren. Schon seit Jahren war die Türkei den EU-MigrationspolitikerInnen als offene Transitroute in den Westen ein Dorn im Auge und sie wurde zahlreiche Male auf EU-Gipfeltreffen wegen ihrer fehlenden Migrationspolitik kritisiert. In Sevilla 2002 drohten einige EU-Mitgliedsstaaten gar mit Sanktionen, sollte die türkische Regierung nicht schärfer gegen illegale Migrationsbewegungen und Schlepper vorgehen. Aus ähnlichen Gründen drohte auch die USA in ihrem alljährlich veröffentlichten State Department-Report über den weltweiten Menschen- und Frauenhandel der Türkei Sanktionen an.

Die so genannte ‚Vor-Beitrittsphase‘ der Türkei zur EU, die 2000 begann und mit ihrer offiziellen Anerkennung als Beitrittskandidat zur EU im Oktober 2004 endete, stellte nun den politischen Rahmen dar, in dem die Türkei neben anderen politischen Kriterien bereits die EU-Migrationspolitik zu übernehmen hatte (vgl. Kirisci 2003, 80). Während die alljährlichen ‚Fortschrittsberichte‘ der EU die türkische Umsetzung des ‚Schengen-Acquis‘ lobten, stellten wir im Feld eine höchst widersprüchliche Situation fest. Während die Kontrollen und Razzien entlang der Außengrenzen und in den westtürkischen Metropolen schon verschärft wurden, zog sich der Aufbau von Gesetzen und Infrastrukturen in die Länge. Das führte zu jenem improvisierten Umgang der lokalen und regionalen staatlichen Akteure wie beispielsweise der Nutzung von Hotels als Gefängnisse und zu solchen Geschichten wie die von Luis.

Luis hatte, wie viele TransitmigrantInnen, die wir trafen, bei seiner letzten Festnahme Glück und wurde wieder frei gelassen. Nicht nur sind Abschiebeflüge nach Afrika teuer, auch konnte er mit einer spontan inszenierten Ehe mit einer schwangeren Frau aus Nigeria die Gemüter erweichen. Andere, die aus benachbarten Ländern kamen, mussten dagegen mit ihrer Abschiebung über die Grenze rechnen. Auf Drängen der EU ist auch die Türkei dabei, so genannte

Rückübernahmeabkommen mit seinen Nachbarn zu unterzeichnen, was Kettenabschiebungen von Deutschland bis in den Folterstaat Iran denkbar macht.

Luis war vor paar Jahren mit einem Studiervisum in die Türkei gekommen. In Istanbul musste er jedoch alsbald feststellen, dass er sich die Studiengebühren nicht leisten konnte. Sein Visum wurde nicht verlängert und er wurde ‚illegal‘. Nach den gescheiterten Weiterwanderungsversuchen ist er nun gänzlich blank, und in den informellen Sektoren, die die Istanbul Ökonomie stark prägen, findet er zwar immer wieder Jobs, doch kein ausreichendes Einkommen. Seine Optionen sieht er – wie viele der papierlosen MigrantInnen – so: in der Türkei bleiben und in den informellen Arbeitssektoren zu überleben versuchen, zurück ins Herkunftsland und von dort erneut einen Visumsantrag stellen, diesmal für die USA oder Kanada, oder noch einmal probieren, in den Westen zu kommen. Und was ist mit Asyl (vgl. Icduygu 2003 zum Nexus von Asyl und Transitmigration)?

Der Asyl-Poker

Asyl ist in der Türkei bislang noch eine komplizierte Angelegenheit, auch wenn sie historisch nicht nur für europäische Juden und Jüdinnen ein wichtiges Asylland darstellte (vgl. Kirisci 2003, 82). Die Türkei hat zwar die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet, doch schließt sie bislang alle nicht-europäischen Flüchtlinge aus dem Verfahren aus. Wie in vielen Ländern, die selbst kein oder nur ein eingeschränktes staatliches Asylrecht kennen, führt der UNHCR ein Asylverfahren durch (vgl. ebd., 86f). Ein Freund von Luis, selbst langjähriger Transitmigrant, warnte ihn jedoch: ‚Stay away from this system!‘ Alle seine Bekannten, selbst diejenigen, die aus Bürgerkriegsländern wie Liberia oder Sierra Leone kommen, waren skeptisch. Denn was sie von denjenigen, die Asyl beantragt hatten, erzählt bekamen, erinnerte sie an die Polizei: Unfreundliche Interview-Verhöre, rigide Definition politischer Verfolgung, Beweislast auf der Seite des Flüchtlings, lange Verfahrensdauer und Unsicherheit, niedrige Anerkennungsquote, keine finanzielle Unterstützung.

Doch auch in der Türkei ist Asyl – wie generell in EU-Europa – neben dem Studiervisum, geringen

Kontingenten für saisonale Arbeit, Familienzusammenführung oder Heirat, weiterhin die einzige Möglichkeit, den Aufenthalt zu legalisieren. Kein Wunder, wenn sich immer noch viele MigrantInnen trotz der Verschärfungen vom Asylweg einiges versprechen und ihre Geschichten dementsprechend umschreiben. An den Knotenpunkten der Migration kursiert denn auch ein reichhaltiges Wissen, wie der Anerkennungsprozess zu genügen ist und ein äußerst kreativer Dienstleistungssektor ist entstanden.

Governance of Migration

Mit dem europaweiten Abbau des Asylrechts geriet jedoch auch der UNHCR unter Druck, der bislang im internationalen Kontext auf dem Gebiet der Migrationspolitik die einzige Organisation mit einem völkerrechtlichen Mandat war. Bereits Mitte der 1990er Jahre sprachen jedoch führende Think Tanks wie das ICMPD von einer ‚Überdehnung‘ des Asylrechts und plädierten für einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik. Sie forderten, Asyl auf die seltenen ‚echten‘ Fälle zu beschränken, Fluchtbewegungen schon in den Herkunftsregion aufzufangen und Möglichkeiten für eine legale Arbeitsmigration zu schaffen. Sadako Ogata, Chefin des UNHCR in den 1990er Jahren, sah das so: ‚Es ist unmissverständlich klar geworden, dass der UNHCR mehr sein muss als eine Anwaltschaft für Asylsuchende. Von dem Amt wird erwartet, als globaler Krisenmanager, think tank und in vielen Fällen Katalysator für politisches Handeln aufzutreten.‘ (Ogata 1997, 239-241)

‚Krisenmanager‘, ‚think tank‘ und ‚Katalysator für politisches Handeln‘ sind dabei drei Bezeichnungen aus der Trickkiste der neuen politischen Praxis des ‚New‘ oder ‚Global Governance‘, die seit den 80er Jahren von PolitikerInnen wie PolitikwissenschaftlerInnen als Antwort auf die globalen Herausforderungen entworfen wurde (vgl. Messner/Nuschler 2003; Brand 2000). Im Sinne von ‚Governance without Government‘ sei Politik ‚dezentralisiert‘, auf ‚multiplen Ebenen‘, in ‚Netzwerken‘, unter ‚strategischer Partizipation der Zivilgesellschaft‘ und der starken Einbeziehung von ‚Experten-Wissen‘ zu gestalten, wie auch wortwörtlich im Weißbuch ‚Europäisches Regieren‘ der EU-Kommission von 2001 nachzulesen ist

(http://europa.eu.int/comm/governance/governance_eu/index_en.htm).

Während die kritische EU-Forschung die EU-Erweiterungspolitik immer noch als neokolonialistisches Top-Down-Modell beschreibt, konnten wir in der Türkei gerade das Gelingen dieses gouvernementalen Politikstils beobachten:

Denn die EU war nicht nur mit dem Problem konfrontiert, dass es keine Migrationspolitik in der Türkei gab. Das Problem für die EU, wie für uns auf unserer Suche nach AnsprechpartnerInnen, war weit reichender: Denn bislang wurde bis auf ganz wenige Ausnahmen weder in der Politik, Öffentlichkeit oder Wissenschaft die Transit-Migration überhaupt als solche wahrgenommen und als ‚Problem‘ verhandelt. Nicht nur ließen inländische Probleme wie der Kurdenkonflikt oder die Wirtschaftskrisen die Migration und ihre politische Regulierung nachrangig erscheinen. Angesichts der gesellschaftlichen Normalität informeller Arbeit verliefen auch die seltenen Versuche im Sande, rechtspopulistische Kampagnen mit dem Slogan ‚Ivan nimmt Mehmet den Arbeitsplatz weg‘ zu lancieren. Darüber hinaus hat die Türkei nach den Aussagen aller höherer (politischer) Beamter, mit denen wir in den Ministerien Ankaras sprechen konnten, auch kein Interesse an der ihr von der EU zugeordneten Rolle einer Pufferzone, würde sie dadurch doch ganz offiziell zu einem Erst-Einwanderungsland. Vor diesem Hintergrund mussten Transitmigration sowie Migration überhaupt erst einmal als ‚Problem‘ konstituiert werden, um es zu einem Objekt politischer Regulation machen zu können. Angesichts des ‚schwachen‘ oder ‚widerwilligen‘ Staatsapparats setzte die EU hierbei bewusst auf öffentliches Agenda-Setting und die Erzeugung zivilgesellschaftlichen Drucks.

The making of ‚irregular migration‘

Das bringt internationale, nicht-staatliche Organisationen wie den UNHCR bis hinunter zur kleinen lokalen NGO ins Spiel (zur Rolle nicht-staatlicher Institutionen vgl. Lahav/ Guiraudon, 2000). In der Türkei kam dabei vor allem dem UNHCR eine wichtige Rolle zu, das diskursive und politische Terrain zur Übernahme der EU-Migrationspolitik zu präparieren sowie ‚Akteure‘ und Subjektpositionen (für) diese(r) Politik zu organisieren. Wichtiges Medium war hierbei die dialogische Praxis von Seminaren und Konferenzen, was sich



auch die EU als Politikform der Vorbeitrittsphase zu Eigen gemacht hat.

So veranstaltete der UNHCR schon ab 1997 mit EU-Geldern Aufklärungsseminare, in denen er mittleren und leitenden türkischen Beamten asylrechtliche Fragen näher brachte und so von außen einen Asyldiskurs zu etablieren half. Ferner initiierte er Roundtable-Gespräche und Seminare zur Beratung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher Gruppen bzw. produzierte sie mit Hilfe von EU-Geldern erst und setzte sie auf den Asyl-Pfad. So beschäftigten sich die von uns aufgesuchten NGOs und Menschenrechtsgruppen in der Westtürkei wenn überhaupt, dann mit Fragen von Flucht und Asyl.

An diesen kleinen, doch relativ etablierten Asyldiskurs scheint nun die EU-Kommission in ihren Beitrittsverhandlungen bestens andocken und die Anpassung an ihre Migrationsregularien als menschenrechtlich gebotene Maßnahme preisen zu können. So erklärte uns gegenüber die EU-Kommissarin für Inneres und Justiz, dass die Anpassungsmaßnahmen dafür da seien, um die echten Flüchtlinge aus der Masse irregulärer MigrantInnen herauszufiltern und die Errichtung von Lagern zu ihrem ‚Schutz‘ dringend geboten sei. Angesichts der Willkür, die das derzeitige Verfahren in der Türkei bedeutet, ist der EU der zivilgesellschaftliche Applaus und in Folge der Druck auf die Regierung sicher. Dabei wird übersehen, dass mit der Einrichtung eines derartigen Asyl-Verfahrens und Selektionsprinzips auch sozusagen sein Zwillingbruder, die ‚irreguläre Migration‘ erst geschaffen und zu einem real existie-

renden Objekt wird. Wer in Zukunft den etablierten Migrationskategorien nicht entspricht, bekommt fortan amtlich bescheinigt, ein/e ‚Illegale/r‘ zu sein.

Im Bereich der ‚irregulären Migration‘ kommt eine weitere internationale Organisation zum Zug, die federführend ihre Konstruktion und anschließende Regulation betreibt: die Internationale Organisation für Migration, kurz IOM. 1951 wurde sie ganz im Zeichen des Kalten Krieges auf Initiative der USA als Organisation der westlichen Staaten (ICEM) gegründet. Nach dem Ende des Kalten Krieges globalisierte sie ihren Handlungsanspruch und benannte sich in ‚Internationale Organisation für Migration‘ um (vgl. Düvell 2002, 101-107). Sie ist nicht nur der Prototyp der neuen Migrationsmanagement-Politik, die längst Asyl als Residualkategorie behandelt und somit der schärfste Konkurrent des UNHCR. Auch ist sie der maßgeschneiderte Akteur für die EU-Politik des *Governing of Migration*, die sie selbst über internationale Kongresse federführend mitentwickelt. Im Gegensatz zur Abschottungsrhetorik mancher westeuropäischer InnenministerInnen folgt sie dem Credo der ‚geordneten Migration zum Wohle von allen‘, wobei sie die Regulation der Migrationsströme im Sinne einer ‚effizientere Allokation von Arbeitskraft‘ als zentrales Instrument einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaftspolitik versteht (vgl. Gosh 1997, 264ff). In dieser Hinsicht plädiert sie für ein ‚international harmonisiertes Migrationsregime‘, das sowohl auf internationalen Vertragssystemen wie beispielsweise der WTO beruhen sollte als auch auf international tätigen Organisationen

wie sie selbst, da die Nationalstaaten damit alleine überfordert seien. So bietet sie ihren Mitgliedsstaaten in ganz unterschiedlichen Bereichen ihre Dienste an, wie etwa im Bereich der Entschädigungszahlung an ehemalige ZwangsarbeiterInnen des NS-Regimes, der so genannten ‚freiwilligen Rückkehr‘ illegalisierter MigrantInnen, dem Aufbau und der Vermittlung von Know-how in Sachen ‚border management‘, aber auch das privatisierte Management kontrollierterer Arbeitsmigration (vgl. Düvell 2002). Vor allem vermag sie als nicht-staatliche, ja humanistische Organisation aufzutreten und in Ländern wie Libyen zu operieren, in denen der EU (noch) die Hände gebunden sind. So bindet sie diese Länder weit vor der Aufnahme offizieller Beziehungen zur EU über ähnliche Strategien wie sie der UNHCR praktiziert – Stichworte ‚Seminare‘ – an die EU-Politik an.

Auch in ihrem zentralen ‚Aufgabenbereich‘, der Steuerung der irregulären Migration, wendet sie ähnliche Popularisierungs- und Rationalisierungsstrategien an wie der UNHCR im Feld von Asyl. Hierzu nutzt sie vor allem die ambivalenten Effekte der anti-trafficking-Kampagne, die zunächst ein von zivilgesellschaftlichen Gruppen aufgebauter Diskurs und politische Praxis darstellte. Dabei ist es die Logik des anti-trafficking-Diskurses, die dem Flüchtlingsschutz-Diskurs ähnelt, die ihn diskursiv so ausbeutbar macht: beide operieren mit einer humanistischen Argumentation und mit Versatzstücken des Menschenrechtsdiskurses; beide machen hierbei MigrantInnen zu Objekten ihrer Schutzbehauptungen und trennen das soziale Feld in individualisierte Opfer und böse Schlepper-Banden; beide legitimieren mit Hilfe dieser Schutzbehauptung ein verschärftes Vorgehen gegen illegale Migration und zwar als menschenrechtlich gebotene Maßnahme. Und beide scheinen so viel Erfolg zu haben, da sie an ein breites Praxisfeld von Initiativen anknüpfen können und hierüber ihre Politik direkte materielle Effekte zeitigen. Der anti-trafficking-Diskurs spielt dabei eine besondere Gender-Karte aus. Die politische Brisanz der anti-trafficking-Kampagne, die auch die IOM in der Türkei seit einigen Jahren zu lancieren versucht, wurde während des letzten NATO-Gipfel-Treffens 2004 in Istanbul offensichtlich. So bekam die bislang einzige Frauengruppe, die in diesem Bereich aktiv ist und ein Frauenhaus für gehandelte Frauen unterhält,

vom US-amerikanischen Außenminister höchst persönlich vor laufenden Kameras der internationalen Presse einen Orden für ihren ‚Kampf gegen Frauen- und Menschenhandel‘ verliehen. Dabei soll nicht in Abrede gestellt werden, dass es zur Prostitution gezwungene MigrantInnen gibt. Doch auch die von der IOM in Auftrag gegebene Studie über Frauenhandel von Sema Erder konnte die von ihr postulierte Breite und Dramatik nicht bestätigen, was dazu führte, dass sich die IOM von der Studie offiziell distanzierte (vgl. <http://www.iom.int/documents/publication/en/irregular%5Fmig%5Fin%5Fturkey.pdf>).

Konfliktive Praxen

Zusammenfassend lässt sich für die Türkei sagen, dass diese zwei Institutionen und diese zwei Diskurse ganze Arbeit geleistet und einen liberalen Konsens mitkonstituiert haben, dass Migration reguliert werden müsse. Das hätte die EU alleine, so politisch-gesellschaftlich umkämpft sie in der Türkei ist, nicht hinbekommen. Diese neue politische Kultur und Praxis der EU lässt sich als NGOisierung und Privatisierung der Politik bezeichnen – zum einen im Sinne ihres Outsourcings und Subcontractings ehemals staatlicher Aufgaben an nicht-staatliche Akteure, aber auch im Sinne eines Formwandels der klassischen politischen Akteure und ihrer Praxen selbst, die immer stärker wie NGOs agieren. Diese beruht auf der Einsicht, wie sie uns der Referent der deutschen Botschaft in Ankara schilderte, dass die EU um die geringe Tiefenwirkung ihrer Macht wüsste. Damit Gesetze Praxis würden, sei sie nicht nur auf ein neues Staatspersonal angewiesen, sondern v.a. auf den gesellschaftlichen Druck. Hierbei kommt den internationalen Organisationen und großen NGOs eine wichtige Bedeutung als Scharnier zu, das zivilgesellschaftliche Feld mit dem des erweiterten Staates zu verknüpfen und in diesem Sinne Diskurse und Subjektpositionen zu organisieren. Der Asyl- und der anti-trafficking-Diskurs als die beiden zentralen, die neue Migrationspolitik organisierenden Diskurse scheinen hierfür besonders geeignet zu sein, da sie im Stande sind, den sozialen Kosmos humanistischer Subjektpositionen zu organisieren. Darüber hinaus haben die sog. nicht-staatlichen Akteure eine wichtige Funktion als Wissensproduzenten und

dies in vielfacher Hinsicht, was die grundlegende zentrale Bedeutung von Expertensystemen und Wissen für die neuen Formen des Regierens deutlich macht. So kommt den nicht-staatlichen Akteuren nicht nur eine wichtige Rolle zu hinsichtlich der Generierung von Daten als Voraussetzung moderner Regulationspolitik und als Politikberatungsinstitution gegenüber den nationalen Staatsapparaten wie auch als Frühwarnsystem vis-a-vis der EU, sondern auch als Supervisor für die junge NGO-Szene, als Auftraggeber der Wissenschaften und als think tank in den internationalen, Politik formulierenden Foren. Unter dem Strich lässt sich diese Entwicklung des Politischen im Kontext der Europäisierung nicht so sehr als defensiver Rückzug des Staates interpretieren – wie viele linke KritikerInnen diagnostizieren –, als vielmehr als aktive Ausdehnung des Staates, als Aktivierung immer breiterer Gruppen der Gesellschaft und in diesem Sinne als neue Ära biopolitischer Regulation lesen, die jedoch höchst fragil zu sein scheint.

Denn unsere Forschung zeigt auch, dass diese Politik nicht nur willige Vollstrecker generiert, sondern auch ihre KritikerInnen, die die EU an ihren selbst formulierten Maßstäben messen.

Literatur:

Andreas, Peter/ Snyder, Timothy (Hg.): *The Wall around the West*. New York/ Oxford 2000

Andrijasevic, Rutvica/Bojadzic, Manuela/ Hess, Sabine/ Karakayali, Serhat/ Panagiotidis, Efthimia/ Tsianos, Vassilis: *Turbulente Ränder: Konturen eines neuen Migrationsregimes im Südosten Europas*. In: *Prokla. Migration*. 35. Jg. (2005) Heft 3, 345-362

Beck, Ulrich/ Grande, Edgar: *Das kosmopolitische Europa*. Frankfurt am Main 2004

Brand, Ulrich et al.: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster 2000, 23-45

Düvell, Frank: *Die Globalisierung des Migrationsregimes*. Berlin/ Hamburg/Göttingen 2002

Erder, Sema: *Irregular Migration and Trafficking in Women*. IOM Migration Research Series Nr. 17.
<http://www.iom.int/documents/publication/en/irregular%5Fmig%5Fin%5Fturkey.pdf>

Flüchtlingsrat Niedersachsen/ Forschungsgesellschaft Flucht und Migration (Hg.): *AusgeLAGERT. Exterritoriale Lager und der EU-Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen*. Berlin/Hamburg 2005

Ghosh, Bimal: *Bevölkerungsbewegungen: Die Suche nach einem neuen internationalen Regime*. In: Angenendt, Steffen (Hg.): *Migration und Flucht*. München 1997, 264-271

Green Paper on a Community Return Policy on Illegal Residents 2002 der EU-Kommission

Hess, Sabine/Tsianos, Vassilis: „Killing me softly?“. „Festung Europa“ oder Grenzregime als soziales Kräfteverhältnis? Europäisierung der Migrations- und Grenzpolitiken. In: <http://www.hbs-hessen.de/pol/hess230305.htm>

Icduygu, Ahmed: *Irregular Migration in Turkey*. IOM Migration Research Series Nr. 12, 2003

Karamustafa, Gülsun: *Objects of Desire – A Suitcase Trade*. In: Hess, Sabine/ Lenz, Ramona (Hg.): *Geschlecht und Globalisierung*. Königstein/Taunus 2001, 166-181

Karakayli, Serhat/ Tsianos, Vassilis: *Wilde Schafsjagd in der Ägäis und die transnationalen „mujahideen“ von Rastanski Lojia: Über Grenzregime an der Südostgrenze Europas*. In: *springerin*, Band X (2004) Heft 3, 28-31.

Kölnischer Kunstverein (Hg.): *Projekt Migration*. DuMont 2005

Krisci, Kemal: *The Question of Asylum and Illegal Migration in European Union- Turkish Relations*. In: Carkoglu, Ali/ Rubin, Barry (Hg.): *Turkey and the European Union*. London 2003, 79-106

Leuthardt, Beat: *An den Rändern Europas*. Zürich 1999

Lahav, Gallya/ Guiraudon, Virginie : *Comparative Perspectives on Border Control: Away from the Border and Outside the State*. In: Andreas, Peter/ Snyder, Timothy (Hg.): *The Wall around the West*. 2000, 55-77.

Marcus, George E. : *Ethnography in/of the World System. The Emergence of Multi-Sited Ethnography*. In: *Annual Review of Anthropology*, (1995) Nr. 117, 95-117.

Messner, Dirk/ Nuscheler, Franz: *INEF-Report. Das Konzept Global Governance: Stand und Perspektiven*. Heft 67, Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg und Essen 2003.

Migrationsbericht 2004. Bericht des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration im Auftrag der Bundesregierung in Zusammenarbeit mit dem „Europäischen Forum für Migrationsstudien“ (efms) an der Universität Bamberg. Berlin 2004

Morokvasic, Mirjana/ Rudolph, Hedwig (Hg.): *Wanderungsraum Europa*. Berlin 1994

Ogata, Sadako: *Flüchtlinge und Migranten: Möglichkeiten der Steuerung von Wanderungsbewegungen*. In: Angenendt, Steffen (Hg.): *Migration und Flucht*. München 1997, 239-247

Shore, Chris/Wright, Susan: *Policy. A new field of Anthropology*. In: Dies. (Hg.): *Anthropology of Policy*. London/New York 1997, 3-42

TRANSIT MIGRATION. www.transitmigration.org

Yilmaz, Bediz: *Coping with the Metropolis. Kurdish Migrants living in an Inner-city Slum of Istanbul*. Vortrag gehalten auf der „International Conference on IDPs. Researching Internal Displacement“, Trondheim/Norwegen 2003

Europäisches Regieren. Ein Weißbuch. Kommission der Europäischen Gemeinschaft 25.7.2001. Kom (2001) 428. In: http://europa.eu.int/comm/governance/governance_eu/index_en.htm

Sabine Hess (Vortrag am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien, Juni 2006)

Erklärung des Treffens der sozialen Bewegungen 2006

in Graz

Vom 15. bis 17. Juni 2006 trafen sich in Graz Menschen und VertreterInnen verschiedener Organisationen, um in mehr als 80 Foren, Infotheken, Workshops und kulturellen Veranstaltungen eine inhaltliche und politische Debatte darüber zu führen, wie eine andere Welt aussehen kann.

Dieser Austausch über unterschiedliche Erfahrungen, politische und weltanschauliche Überzeugungen hinweg ist untrennbar vom gemeinsamen Widerstand gegen Neoliberalismus, Krieg, Ausbeutung, soziale Ausgrenzung, Sexismus, Rassismus, Patriarchat, Entdemokratisierung, Antisemitismus, und Homophobie. Angesichts der aktuellen Lage besonders angesichts des bevorstehenden EU/USA-Gipfels in Wien lehnt das Treffen der sozialen Bewegungen neuerlich jede kriegerische Aggression ab. Wir unterstützen daher die Kundgebungen und Aktivitäten gegen den Besuch des Präsidenten der USA. Besonders fordern wir die sofortige Schließung des Gefangenenlagers in Guantanamo Bay, ordentliche Gerichtsverfahren oder die Freilassung der Gefangenen.

Wir wenden uns gegen jede Aufrüstung insbesondere gegen die Atomare. In Österreich wehren wir uns gegen die Stationierung von Kampfflugern.

Der ÖGB befindet sich in der größten Krise seiner Geschichte. Das Treffen der sozialen Bewegungen sieht eine Lösung dieser Krise in einem demokratischen Prozess für eine starke und unabhängige Gewerkschaft in Österreich. Demokratisierung, Transparenz, Öffnung für z. B. prekär Beschäftigte, MigrantInnen, Erwerbsarbeitslose, besonders aber die verstärkte Berücksichtigung von Frauen und von feministischen Positionen sowohl inhaltlich, strukturell als auch in der realen Politik sind dafür unerlässlich.

Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass der bevorstehende Wahlkampf ein bislang ungeahntes Maß an Rassismus und Fremdenfeindlichkeit erreichen wird. Wir rufen zur Vernetzung aller sozialen Bewegungen im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und das gezielte Schüren von Vorurteilen gegen Menschen mit muslimischem Glauben auf. Wir lehnen die menschenverachtende österreichische Asyl- und Fremdenpolitik ab.

Bildungs- und Wissenschaftspolitik ist aktuell gekennzeichnet durch: autokratische Strukturen, Zurückdrängung gesellschaftskritischer Forschung und Lehre, Ausrichtung an ökonomischen Kriterien, sozialer Selektion, finanzieller Aushungerung der öffentlichen Universitäten mit gleichzeitiger Etablierung von Eliteuniversitäten und Beschränkungen des Zugangs zu Bildung. Die sozialen Bewegungen stehen für den freien und offenen Zugang zu öffentlich vollfinanzierten und demokratisierten Universitäten und lehnen Eliteuniversitäten ab. Wir befürworten die Schaffung eines Gesamtschulsystems mit mehr LehrerInnen und kleineren Schulklassen.

Gender Mainstreaming als dominante politische Strategie verbleibt in der patriarchal-kapitalistischen Herrschaftslogik und fokussiert inhaltlich vor allem auf den Erwerbsarbeitsmarkt und Institutionen. Die radikale gesellschaftspolitische Kritik des Feminismus ist durch diese Strategie keineswegs ersetzbar.

Armut und Prekarisierung nehmen global immer mehr zu. Betroffen davon sind überwiegend Frauen und Mädchen. Die sozialen Bewegungen nehmen diese Fakten zum Ausgangspunkt, die Bekämpfung von Armut und Prekarität in den Mittelpunkt ihrer Vernetzungsbemühungen zu stellen.

Die Rückbesinnung auf längst überwunden geglaubte Fortschrittsmythen wie die Nutzung der Kernenergie und der Gentechnik sind Anlass zum Widerstand. Das Treffen der sozialen Bewegungen fordert über eine ökologisch orientierte Politik und Wirtschaft hinausgehend eine weit reichende Abkehr von einer neoliberalen Wirtschafts- und Konsumpolitik und Praxis. Sie bekennen sich zu Grundsätzen wie Nachhaltigkeit, gentechnikfreie Produktion, erneuerbaren Ressourcen und den Interessen der Menschen im Gegensatz zu unbedingter Profitmaximierung. Die sozialen Bewegungen fordern die Einführung partizipativer demokratischer und geschlechterdemokratischer Modelle auf allen Ebenen der Gesellschaft.

Ausgehend vom Sozialforum in Graz setzten die sozialen Bewegungen eine Initiative zum Thema neoliberale Globalisierung, Transport, Mensch und Umwelt auf europäischer Ebene. Dabei fokussieren wir besonders auf die Verteidigung der Daseinsvorsorge und treten gegen jegliche Privatisierung auf. Das ASF in Graz war ein Fortschritt in der Weiterentwicklung dieses Widerstands und der sozialen Bewegungen. Die Debatten haben auch jene Widersprüche und Schwierigkeiten deutlich hervortreten lassen, die den Weg unserer Bewegung kennzeichnen.

Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen rufen wir auf, die Vorbereitungen für das vierte ASF aufzunehmen. Um die Diskussion über die nächsten Ziele und Aufgaben der Sozialbewegungen fortzusetzen und zu konkretisieren, die in Hallein, Linz und Graz begonnen haben, laden wir zu einem weiteren Plenum der Sozialen Bewegungen ein. Alle interessierten Menschen und Organisationen sind eingeladen, sich am Vorbereitungsprozess zum nächsten ASF zu beteiligen. Wir sind der Überzeugung, dass sich die Gruppe der Beteiligten und die Vielzahl der Zugänge verbreitern muss, um den Entwurf einer „anderen Welt“ feministischer, migrantischer, solidarischer, demokratischer und respektvoller zu gestalten. Hilfreich und notwendig ist es, wenn jene Gruppen, die dem Sozialforumsprozess kritisch gegenüberstehen, ihre Kritik und Erfahrungen schon im Rahmen der Vorbereitung und des Sozialforums selbst einbringen.

Insbesondere durch die neue Gestaltung der Verhältnisse zwischen Frauen und Männern und der Implementierung gesellschaftskritischer feministischer Inhalte sehen wir die Perspektive für einen Gegenentwurf zur herrschenden patriarchalen Gesellschaft. Wir möchten allen AktivistInnen und Organisationen, vor allem in Graz und der Steiermark, die dieses ASF durch ihre Arbeit und ihre Solidarität ermöglicht haben, danken. Eine andere Welt ist möglich!

Graz 2006, Plenum der Sozialen Bewegungen

Das Österreichische Sozialforum (ASF) verabschiedete eine gemeinsame Abschlusserklärung; vorbereitet von der Organisationsgruppe, erweitert vom feministischen Forum des ASF, besprochen und ergänzt im Plenum.

AutorInnen - *Verzeichnis*

Nikita DHAWAN Promotion in Philosophie, M.A. in Philosophie und M.A. in Germanistik (beide University of Mumbai/Indien), Lehrbeauftragte an der Ruhr-Uni Bochum für Interkulturelle und Indische Philosophie. Aktuelle Publikationen: ‚Philosophy at the Limits‘ (2006). Academia.

Petja Dimitrova ist Künstlerin. Künstlerische Praxis zw. bildender Kunst, politischer und partizipativer Kulturarbeit, auch mit KünstlerInnengruppen und NGO's (u.a. dezentrale Medien, a room of one's own, Initiative Minderheiten, maiz, romani dori). Zurzeit Mitarbeiterin der Initiative Minderheiten im ‚wip‘, A3-Öffentlichkeitsarbeit.

Sabine Hess, Dr., Studium der Empirischen Kulturwissenschaft, Politik und Neueren Geschichte an der Universität Tübingen. 1998-2003 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Kulturanthropologie und Europäische Ethnologie, Frankfurt am Main. 2003-2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin im Projekt „Transit Migration“ in Köln (www.transitmigration.org). Seit 2005 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europäische Ethnologie der Humboldt Universität Berlin im Forschungsprojekt „Verwandtschaftskulturen und Reproduktionstechnologien“ (<http://www.repraesentationen.de/DesktopDefault.aspx?TabID=3868&lastindex=15>). Mitglied der Forschungsinitiative Transnationalisierung am Institut für Kulturanthropologie in Frankfurt am Main und der Gruppe KANAK ATTAK.

Belinda Kazeem ist Studentin der Internationalen Entwicklung mit Schwerpunkt Gender Studies und afrikanische Literatur. Sie ist Mitarbeiterin beim wip - Modul ‚Equality Mentoring für Schwarze Frauen (EMSF)‘ der Schwarzen Frauen Community.

Birge Krondorfer ist Lehrbeauftragte, Erwachsenenbildnerin, Supervisorin, Mediatorin, (gruppenspezifische) Trainerin, Autorin, Mitorganisatorin diverser feministischer Kongresse, Mitgründerin der Frauenhetz (1991). In wip in der Gesamtkoordination in der Funktion ‚Beratung/Begleitung der Selbstevaluationsprozesse der Module und A3 sowie als GeM - Beauftragte tätig.

***Ariane Sadjed**, studierte Psychologie und Kulturwissenschaften. Forschungsschwerpunkt: Zivilgesellschaftliche Veränderungen im Iran. Beim Verein maiz im Bereich Bildung/Antirassismus tätig.

Rubia Salgado, studierte Portugiesisch und Literaturwissenschaft;

langjährige Arbeit mit Migrantinnen im Bildungs- und Kulturbereich; Mitbegründerin und Mitarbeiterin des Vereins maiz; Autorin, Aktivistin; innerhalb des Equal Projektes wip: inhaltliche Gesamtkoordination und Koordination des Moduls Empica (maiz).

***Marion Stöger**, Studium der Geschichte, Frauenforschung und Politikwissenschaften, Redaktionstätigkeit in der UNITAT, Frauenreferentin der ÖH Wien. Seit zweieinhalb Jahren Trainerin bei maiz: Deutschkurse, externer Hauptschulabschluss und seit Sommer im Projekt Empica.

María do Mar CASTRO VARELA, Promotion in Politikwissenschaft, Diplom in Psychologie und Diplom in Pädagogik. Lehrbeauftragte und freie Wissenschaftlerin. Mitbegründerin und Vorstandsmitglied des Instituts für Migrations- und Ungleichheitsforschung. Aktuelle Publikationen: ‚Unzeitgemäße Utopien. Migrantinnen zwischen Selbsterfindung und gelehrter Hoffnung‘ (2006). Bielefeld: transcript.

Simon Inou, ist Obmann von M-Media und Chefredakteur von Afrikanet – <http://www.afrikanet.info> –, dem ersten Internetportal von und über Menschen afrikanischer Herkunft und ihre Diaspora im europäischen deutschsprachigen Raum.

Ildikó Naetar-Bakcsi, Dr., Sozialwissenschaftlerin, graduierte Supervisorin Beraterin und Expertin in der Migrations- und Antidiskriminierungsarbeit. Fach-, Team- und Einzelsupervision für Teams und Interessierte im Kontext von Migration, Antidiskriminierung, Konfliktmanagement und Organisationsentwicklung. Lehrtätigkeit in Antidiskriminierungsworkshops und in diversen Lehrgängen sowie in internationalen Projekten. Tutorin im open university-Projekt in der Ausbildung von Roma-AktivistInnen zu GleichbehandlungsexpertInnen EQUAL Roma. Zivilrecht und Street Low Stiftungen Ungarn.

Dschanuub (Interkulturelle Frauenverein), ist eine Gruppe von und für (nicht nur) muslimische Frauen verschiedener Nationalitäten, der sich zum Ziel gesetzt hat, die schwesterliche Anteilnahme der europäischen Frauen am Leben der Frauen des Südens zu fördern. *(weiteres, siehe Rückseite des Heftes.)*

Österreichisches Sozialforum (Austrian Social Forum -ASF) Ist ein Pendant zum World Social Forum und zum European Social Forum. Offenes Treffen der Zivilgesellschaft wider Globalisierung und Neoliberalismus. Bisher fanden 3 Foren statt: 2003 (Hallein), 2004 (Linz), 2006 (Graz) jeweils mit unterschiedlichen Organisationen und mehreren hundert TeilnehmerInnen. Mit der jeweiligen Abschlusserklärung, die plenar abgestimmt wird, wird an die politische Öffentlichkeit appelliert. Info: www.socialforum.at

Partnerorganisationen

im ‚wip‘ work in process

Initiative Minderheiten ist eine österreichweite Organisation, die für eine minderheitengerechte Gesellschaft eintritt, in der individuelle Lebensentwürfe unabhängig von Merkmalen wie ethnischer, sozialer oder religiöser Zugehörigkeit, sexueller Orientierung, Behinderung als gleichberechtigt und gleichwertig anerkannt sind.

www.initiative.minderheiten.at

www.gastarbaueri.at



Frauenhetz - Wir sind ein seit 15 Jahren bestehender, gemeinnütziger und selbstorganisierter Verein, getragen von 15 ehrenamtlich tätigen Frauen. Das kollektive Ziel besteht darin, feministisch-politische Theorien mit weiblichen Alltagspraxen zu verbinden. Aus der Frauenbewegung entstanden, verstehen wir uns als ein Bildungsprojekt, das vornehmlich das Denken in einem permanenten Prozess mit dem Handeln von Frauen - in Zusammenarbeit mit anderen frauenpolitischen Projekten - vermitteln möchte. Die von uns gewählte Form ist es, einen Raum für öffentliche Diskussionen, Diskurse und Auseinandersetzungen zwischen Frauen aller Herkunft zur Verfügung zu stellen. Dazu bieten wir ein breitgefächertes und Widersprüche nicht scheuendes Veranstaltungsprogramm mit einem jeweiligen Jahresschwerpunkt an.

www.frauenhetz.at



Der **Verein TOOL** ist eine nichtstaatliche, gemeinnützige Organisation, die sich zum Ziel gesetzt hat, Linux- Kultur und Open Source Projekte in Österreich für Menschen, die von der Gesellschaft diskriminiert und benachteiligt werden, zugänglich zu machen.

Der Ausdruck Open Source steht für quelloffen, einerseits in dem Sinne, dass der Quelltext eines Programms frei erhältlich ist, andererseits für ‚offene Quelle‘, also dass ein Werk frei zur Verfügung steht.[Def. nach Wikipedia Stand Juli 2005] Durch Verbreitung dieser Open Source Philosophie, soll Menschen der Zugang zu Wissen verschafft werden und Informationen über freie Medien zur Verfügung gestellt werden. <http://tool.action.at/>



Romani Dori Wien - Verein für Kultur und Bildung von und für Roma. Romani Dori tritt dafür ein, dass alle Menschen dieser Welt die Möglichkeit haben, sich dort niederlassen zu können, wo sie möchten und für eine gleichberechtigte Partizipation an gesellschaftlichen Ressourcen.

www.romanidori.at



Die Aufgaben des **Instituts für Erziehungswissenschaft (Karl-Franzens-Universität Graz)** liegen in der systematischen, historischen und vergleichenden erziehungswissenschaftlichen und bildungswissenschaftlichen Forschung und Lehre.

www.uni-graz.at



Peregrina - Bildungs-, Beratungs- und Therapiezentrum für Immigrantinnen. Peregrina ist ein feministisch-antirassistisches Bildungs-, Beratungs-, und Therapiezentrum mit einem breiten Angebotspektrum für zugewanderte Frauen und Mädchen.

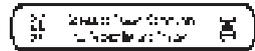
Peregrina versteht Integration als Gleichberechtigung und Möglichkeit des sozialen Aufstiegs... Integration ist, wenn Ingenieurinnen, Anwältinnen, Ärztinnen nicht mehr in Reinigungsfirmen arbeiten, sondern ihre gelernten Berufe ausüben können. Integration wird ‚passieren‘, wenn den Migrantinnen ein auf allen Ebenen gleichberechtigtes Dasein in Österreich ermöglicht wird. (Gamze Ongan, Obfrau).

www.peregrina.at



Die **Schwarze Frauen Community SFC** ist eine Initiative von schwarzen Frauen (1. und 2. Generation) unterschiedlichster Herkunft und Nationalität. Gemeinsam wollen wir Selbstbewusstsein, Selbstbestimmung und die Selbstorganisation schwarzer Frauen fördern und unterstützen und damit die Integration in die österreichische Gesellschaft vorantreiben.

www.schwarzefrauen.net



Der **Interkulturelle Frauenverein Dschanuub** ist eine Gruppe von und für (nicht nur) muslimische Frauen verschiedener Nationalitäten, der sich zum Ziel gesetzt hat, die schwesterliche Anteilnahme der europäischen Frauen am Leben der Frauen des Südens zu fördern. Wir wollen kulturelle, soziale, intellektuelle, religiöse Brücken schlagen zwischen den Frauen des Südens und des Nordens und so an einer aktiven Frauensolidarität arbeiten. Insbesondere ist es uns ein Anliegen, den rassistischen und islamfeindlichen Tendenzen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken.

Ziel unserer Veranstaltungen ist es, als Musliminnen Respekt, gesellschaftliche Anerkennung und Zugang zu Bildung und Arbeit einzufordern. Wir wollen entgegen der islamfeindlichen Hetze die Wirklichkeiten muslimischer Frauen, ihre Lebenswahl, ihre Sorgen und ihre Widerständigkeit den Menschen in Österreich näherbringen. Der Verein Dschanuub führt innerhalb der Entwicklungs-partnerschaft ‚work-in-process‘ das Modul 6 Marhama - Sozial- und Gesundheitsdienst für Migrantinnen und Musliminnen durch.



maiz – das autonome Zentrum von und für Migrantinnen

ist eine Organisation von und für Migrantinnen und entstand aus der Notwendigkeit von Veränderungen hinsichtlich der Lebens- und Arbeitssituation von Migrantinnen in Österreich und im Sinne einer Stärkung von politischer und kultureller Partizipation. www.maiz.at



IG Kultur Österreich ist das Netzwerk und die Interessensvertretung der freien und autonomen Kulturarbeit in Österreich. Sie leistet Beratung und Lobbyarbeit für ihre Mitglieder in rechtlichen Bereichen und nimmt Stellung zum kulturpolitischen Geschehen. Die IG Kultur Österreich unterstützt die Forderung nach gleichen gesellschaftlichen Bedingungen für marginalisierte und ausgegrenzte Gruppen und Personen.

www.igkultur.at

